Peter Walter

Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

Von Adenauer zu Schröder

Vorwort

Die kleine Geschichte der Bundesrepublik entstand als Begleittext eines Seminars an der Volkshochschule Gießen im Herbst 1999 und wurde in der hier vorliegenden Form überarbeitet, ergänzt und aktualisiert. Sie ist ein Streifzug durch die nunmehr über 50-jährige Geschichte der Bundesrepublik und skizziert die wichtigsten Ereignisse der verschiedenen Epochen. Es muss daher nicht ausdrücklich erwähnt werden, dass sie keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Das war auch bei ihrer Entstehung nicht die Absicht.

Die komprimierte Form sollte es den Seminarteilnehmern leichter machen, die jeweils im Vortrag dargestellten Entwicklungsprozesse nachträglich vergegenwärtigen zu können, ohne großen Leseaufwand betreiben zu müssen. Ein entscheidendes Kriterium bei der Entstehung war aber, dass es allgemein verständlich sein sollte. Deswegen will sich diese Darstellung ganz bewusst von der rein wissenschaftlichen Betrachtungsweise abgrenzen und all jenen eine Stütze sein, die bestimmte Anhaltspunkte oder Anregungen für eigene Ausarbeitungen suchen. Auch diejenigen, die das eine oder andere vielleicht schon vergessen oder noch gar nicht gehört haben, werden hier Hinweise auf die prägenden Ereignisse in der Geschichte Deutschlands finden. Ergänzend ist ein plakativ dargestellter Verlauf der Geschichte der DDR bis zu ihrer Auflösung im Jahr 1990 im Anhang beigefügt.

Der Autor hofft mit dieser Darstellung das Interesse an einer intensiveren Beschäftigung mit der jüngsten deutschen Geschichte geweckt und zum Verständnis einzelner richtungsweisenden Ereignissen beigetragen zu haben.

Peter Walter

Fernwald im Dezember 2003

Inhalt

Vorwort	S.	3
1. Die Ära Adenauer		
1.1. Der Anfang 1945 -1948 (Übersicht)	S.	6
1.2. Die Ära Adenauer 1949- 1963 (Übersicht)	S.	7
1.3. Vorgeschichte	S.	10
1.4. Der Weg zur Souveränität	S.	11
1.5. Wirtschaftswunder und endgültige Teilung Deutschlands	S.	18
2. Politik unter Erhard		
2.1. Die Post – Adenauer - Ära 1963- 1966 (Übersicht)	S.	23
2.2. Außenpolitik	S.	24
2.3. Innenpolitik	S.	26
2.4. Die Popularität Ludwig Erhards	S.	29
3. Die Große Koalition		
3.1. Im Umbruch 1966 -1969 (Übersicht)	S.	31
3.2. Das schwierige Bündnis	S.	32
4. Neue Wege		
4.1. Die Zeit der sozial-liberalen Koalitionen 1969-1982 (Übersicht)	S.	36
4.2. Machtwechsel: Das Wagnis einer sozial-liberalen Koalition	S.	40
4.3. Eine neue Ostpolitik	S.	41
4.4. Innenpolitik	S.	44
5. Zeitenwende		
5.1. Die Ära Kohl 1982 -1998 (Übersicht)	S.	50
5.2. Die längste Ära	S.	52
6. Das rot-grüne Experiment		
6.1. Die Politik der Regierung Schröder / Fischer (Übersicht)	S.	60

6.2. Die Regierung Schröder/Fischer	S.	61
7. Schlussbemerkung		
8.1. Zur Standortbestimmung Deutschlands zu Beginn des 21. Jahrhunderts	S.	64
8. Die DDR		
7.1. Die Entwicklung der DDR im Überblick	S.	65
9. Anhang		
Abkürzungen	S.	68
Literatur (Auswahl)	S.	69

1. Die Ära Adenauer

1.1. Der Anfang - 1945 – 1948 (Übersicht)

- 02.08.1945:** Zum Abschluss der Potsdamer Konferenz beschließen die Vier Mächte eine gemeinsame Verwaltung Deutschlands.
- 30.06.1946:** Wahlen zu den Verfassunggebenden Versammlungen der Länder in der amerikanischen Zone.
- 01.01.1947:** Abkommen über eine Bi-Zone zwischen der amerikanischen und britischen Besatzungsmacht.
- 12.02.1948:** Beginn der Absperrmaßnahmen an der sowjetischen Sektorengrenze.
- 23.02. - 6.3.1948:** Die Westmächte einigen sich in London über die wirtschaftliche Integration der westdeutschen Zonen.
- 20.03.1948:** Aus Protest über die Londoner Beschlüsse verlässt Marschall Sokolovski den Alliierten Kontrollrat in Berlin. Ende der Zusammenarbeit der Vier Mächte.
- 20.06.1948:** Währungsreform in den drei Westzonen. Das „Kopfgeld“ von 40 DM wird ausgegeben.
- 23.06.1948:** Währungsreform im Ostsektor.
- 24.06.1948:** Beginn der Berliner Blockade durch die Sowjetunion. Diese endet erst am 12. Mai 1949.
- 26.06.1948:** Die Westalliierten richten eine Luftbrücke zur Versorgung Berlins ein.
- 01.09.1948:** Der Parlamentarische Rat konstituiert sich.

1.2. Die Ära Adenauer 1949- 1963 (Übersicht)

- 23.05.1949:** Inkrafttreten des Grundgesetzes.
- 14.08.1949:** Wahl zum 1. Deutschen Bundestag. CDU und CSU bilden gemeinsam die stärkste Fraktion.
- 21.08.1949:** Konferenz von Rhöndorf. Adenauer will Bundeskanzler werden.
- 15.09.1949:** Adenauer wird mit einer Stimme Mehrheit Bundeskanzler.
- 22.10.1949:** Petersberger Abkommen.
- 03.03.1950:** Abschluss einer Konvention zwischen dem Saarland und Frankreich. Bildung einer eigenen Saarverwaltung, jedoch wirtschaftliche und politische Bindung an Frankreich.
- 09.05.1950:** Der französische Außenminister Schuman schlägt die Bildung einer Montanunion zwischen Deutschland und Frankreich vor. Schuman - Plan.
- 25.06.1950:** Beginn des Korea-Krieges.
- Sept. 1950:** Konferenz der Außenminister der Westmächte in London über die Beendigung des Kriegszustands mit Deutschland.
- 24.10.1950:** Der französische Ministerpräsident Pleven schlägt eine deutsch-französische Verteidigungsgemeinschaft vor. Pleven-Plan.
- 18.04.1951:** Unterzeichnung des Vertrags zur Montanunion.
- 10.03.1952:** Stalin Note. Angebot eines Friedensvertrags und zur Wiedervereinigung.
- 25.03.1952:** Ablehnung des Angebots Stalins durch die Westmächte.
- 26./27.05.1952:** Unterzeichnung des Deutschlandvertrages und des Vertrages zur EVG.
- 05.03.1953:** Tod Stalins.

- 17.06.1953:** Volksaufstand in der DDR.
- 30.08.1954:** Ablehnung des EVG-Vertrags durch die französische Nationalversammlung.
- 23.10.1954:** Unterzeichnung der Pariser Verträge. Ende des Besatzungsstatuts. Beschluss über die Aufnahme Deutschlands in die NATO.
- 05.05.1955:** Die Bundesrepublik wird souverän.
- 09.05.1955:** Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO.
- 09.-13.9.1955:** Bundeskanzler Adenauer in Moskau. Freilassung aller verbliebener Kriegsgefangenen unter der Bedingung sofortiger Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten.
- 02.01.1956:** Einberufung der ersten 1000 Freiwilligen. Beginn des Aufbaus der Bundeswehr.
- 07.07.1956:** Der Bundestag beschließt die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.
- 01.01.1957:** Das Saarland wird 11. Bundesland der Bundesrepublik.
- 25.03.1957:** Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande unterzeichnen die Römischen Verträge über die Gründung der (EWG) und der EURATOM.
- 01.04.1957:** Einberufung der ersten Wehrpflichtigen.
- 15.09.1957:** Bundestagswahl. CDU und CSU erringen 50,2% der Stimmen und damit die absolute Mehrheit der Mandate.
- 19.10.1957:** Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien. Hallstein - Doktrin.
- 01.01.1958:** Inkrafttreten der EWG- und EURATOM-Verträge.
- 27.11.1958:** Sowjetisches Berlin-Ultimatum. Forderung nach Abzug aller westlichen Truppen aus Berlin.
- 07.04.1959:** Die CDU nominiert Konrad Adenauer zum Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten.
- 05.06.1959:** Adenauer gibt seinen Verzicht bekannt. Kanzlerkrise.
- 01.07.1959:** Heinrich Lübke wird in Berlin zum Bundespräsidenten gewählt.

- 30.09.1960:** Die Bundesrepublik kündigt das Interzonen-Abkommen mit der DDR wegen Beschränkungen im innerdeutschen Reiseverkehr. Am 1.1.1961 tritt es wieder in Kraft.
- 01.-3.4.1961:** Ostermärsche der Atomwaffengegner.
- 13.08.1961:** Bau der Berliner Mauer.
- 17.09.1961:** Bundestagswahl. Die CDU verliert die absolute Mehrheit.
- 21.03.1962:** Wirtschaftsminister Ludwig Erhard wendet sich mit einem Maßhaltungsappell an die deutsche Öffentlichkeit.
- 26./27.10.1962:** SPIEGEL–Affäre.
- 22.01.1963:** Adenauer und de Gaulle unterzeichnen in Paris den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag.
- 11.06.1963:** Bundespräsident Lübke proklamiert den 17. Juni zum Nationalen Gedenktag.
- 23.-26.06.1963:** Staatsbesuch von US-Präsident Kennedy. Berliner Rede am 26.06.
- 15.10.1963:** Rücktritt Konrad Adenauers.
- 17.12.1963:** 1. Passierscheinabkommen mit der DDR.

1.3. Vorgeschichte

Die Geschichte der Bundesrepublik begann nicht erst mit der Wahl Konrad Adenauers zum Bundeskanzler. Bereits auf der Potsdamer Konferenz der alliierten Siegermächte im Juli 1945 herrschte allgemeiner Konsens, dem deutschen Volk die Möglichkeit zu einer friedlichen und demokratischen Erneuerung zu geben. Einen erheblichen Dissens gab es hingegen hinsichtlich der begrifflichen Definition von *demokratisch*. Während die Westmächte darunter einen auf freie und geheime Wahlen beruhenden Parlamentarismus verstanden, verband die Sowjetunion hiermit eine Staatsform nach dem eigenen Vorbild. Spätestens hier wurde deutlich, dass ein einheitlicher deutscher Staat unter den gegebenen Voraussetzungen immer unwahrscheinlicher werden würde. Die Alliierten bemühten sich zunächst, ihre Kriegsallianz auf die gemeinsame Verwaltung Deutschlands zu übertragen, doch schon bald traten ernsthafte Differenzen auf. Bereits mit der Wiederzulassung politischer Parteien im Sommer 1945 und der Übertragung kommunaler Verwaltungsaufgaben an die Deutschen wurden zwei konträre Strömungen evident. Während in den drei Westzonen das Demokratieverständnis der Westalliierten allmählich umgesetzt wurde - am 30.6.1946 fanden in der amerikanischen Zone Wahlen zu den Verfassunggebenden Versammlungen statt – begann im östlichen Teil bereits der Aufbau der kommunistischen Staatsmacht. Sichtbares Zeichen hierfür war die Verschmelzung der SPD mit der KPD zur SED auf deren Gründungsparteitag am 21. und 22. April 1946. Mit Wirkung vom 1.1.1947 verbanden sich die amerikanischen und britischen Besatzungsgebiete zur Bi-Zone. Am 20. April wurden in der britischen Zone die Landtage gewählt.

Knapp neun Monate später wurde der Bruch zwischen den Alliierten deutlich, denn am 12. Februar 1948 begannen die Sowjets die Grenzen an ihrer Besatzungszone abzusperren. Dies war der Anfang der allmählichen und systematischen Abriegelung, die 13 Jahre später ihren vorläufigen Höhepunkt in der Errichtung der Berliner Mauer fand und durch die Grenzziehung an der innerdeutschen Grenze immer weiter perfektioniert wurde. Nachdem sich die Außenminister der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Benelux-Staaten auf ihrer Konferenz vom 23. Februar bis 6. März 1948 darauf verständigten, die westdeutschen Zonen wirtschaftlich in Europa zu integrieren, verließ der sowjetische Militärgouverneur Sokolovski am 20. März die Sitzung des Alliierten Kontrollrats in Berlin. Er kehrte nie mehr dorthin zurück und beendete so die Zusammenarbeit mit den Westalliierten.

Zur ersten Konfrontation kam es am 24. Juni 1948. Ab 6 Uhr morgens blockierten die Sowjets wegen „*technischer Schwierigkeiten*“ den gesamten Interzonenverkehr.

Erst am 12. Mai 1949 wurde diese Blockade wieder aufgehoben. West-Berlin war somit völlig von der Bundesrepublik isoliert. Die Westalliierten reagierten schnell und richteten am 26. Juni eine Luftbrücke ein, um die Stadt mit dem Notwendigsten zu versorgen.

Bereits am 20. Juni trat in den drei Westzonen die Währungsreform mit der Einführung der D-Mark in Kraft. Das Kopfgeld von 40 D-Mark pro Person wurde ausgezahlt. Die Sowjetunion reagierte prompt und führte drei Tage später die Ostmark in ihrer Zone ein. Der Versuch, die Ostwährung auch in West-Berlin einzuführen, scheiterte jedoch. Daraufhin schloss die sowjetische Besatzungsmacht die Transitstrecken von und nach Berlin.

Der Bruch zwischen Ost und West war damit vollzogen.

1.4. Der Weg zur Souveränität

Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz für die Bundesrepublik verkündet, nachdem am 1. September des Vorjahres der Parlamentarische Rat seine Arbeit aufgenommen und einen Verfassungstext ausgearbeitet hatte. Man legte dabei besonderen Wert auf die Feststellung, dass es sich hierbei nicht um eine Verfassung handele. Vielmehr sollte durch die Bezeichnung „*Grundgesetz*“ der vorläufige Charakter nicht nur dieser Rechtsgrundlage, sondern auch des neuen Staates zum Ausdruck kommen. Ganz bewusst wurde daher der Passus in die Präambel aufgenommen, dass das Grundgesetz zunächst nicht für Gesamtdeutschland gelten könne und dass es das erklärte Ziel sei, Deutschland wieder zu vereinen. Jedoch sollte dieses Ziel erst 40 Jahre später erreicht werden.

Wenn von den Arbeiten des Parlamentarischen Rates am Grundgesetz die Rede ist, wird damit fast automatisch die Person Konrad Adenauers verbunden. Dies entspricht aber nicht ganz den historischen Gegebenheiten. Man weiß heute, dass sich Adenauer relativ wenig an der Ausarbeitung des Grundgesetzes beteiligt hat. Als Präsident dieses Gremiums sah er seine Aufgaben auf einer ganz anderen Ebene. Seine Wahl zum Präsidenten wurde u. a. dadurch begünstigt, dass er in der Weimarer Zeit nicht nur Oberbürgermeister von Köln, sondern auch zeitweise Präsident des Preußischen Staatsrates war, große Erfahrung in der Führung eines Gremiums hatte und damit auch Autorität besaß, was zur damaligen Zeit außerordentlich wichtig war. Er selbst brachte hier –wie auch später noch – durchaus erfolgreich sein Alter ins Spiel, denn mit 72 Jahren seien die langen und aufreibenden Sitzungen wohl doch zu anstrengend. Auch seitens der SPD sah man das ähnlich, hoffte man doch, durch die aktive und intensive Gestaltung des Gesetzestextes einen Popularitätsbonus zu erlangen, der für die

kommende erste Bundestagswahl nicht unerheblich sein würde. Mit Prof. Carlo Schmid besaß man darüber hinaus einen überaus klugen und fähigen Kopf. Es ist heute unbestritten, dass Schmid einen ganz erheblichen Anteil an der Ausarbeitung des Grundgesetzes hatte. Den Erfolg hierfür fuhr hingegen Adenauer ein, dem man mit dieser Präsidentschaft einen würdevollen Altersabgang zu verschaffen suchte. Doch Adenauer erkannte sehr bald die großen Vorteile dieses Amtes, die ihn der angestrebten Kanzlerschaft ein erhebliches Stück näher brachte. Es trifft zwar durchaus zu, dass er zunächst wenig geneigt war, diese Aufgabe zu übernehmen, man ihn fast schon überreden musste, doch die exponierte Stellung dieses Amtes war bestens dazu geeignet, sich der lästigen Diskussionen des Rats zu entziehen. Ein nicht unwesentlicher Vorteil war zudem die direkte Verbindung zu den Alliierten Hohen Kommissaren. Durch diese war Adenauer ständig und exklusiv über die Absichten der Besatzungsmächte informiert. Dieses Wissen verschaffte ihm nicht nur einen uneinholbaren Vorsprung im Rat, sondern empfahl ihn gleichzeitig als künftigen Repräsentanten der Bundesrepublik. Dabei war dies keineswegs selbstverständlich, denn es gab für das Amt des Bundeskanzlers durchaus einen sehr ernst zu nehmenden Konkurrenten. Der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher war durch seine emotionalen und mit beißendem Spott gespickten Reden in der Bevölkerung weitaus populärer als der ehemalige, etwas spröde wirkende Kölner OB.

Am 14. August 1949 wurde in den drei Westzonen der erste Deutsche Bundestag gewählt. Da weder die SPD noch die CDU/CSU eine Mehrheit zur alleinigen Regierungsübernahme erringen konnten, kam daher nur eine Koalition in Betracht. Schumacher hatte sich im Wahlkampf konsequent gegen eine Verbindung mit der CDU ausgesprochen. In der Union war man sich in dieser Frage durchaus nicht einig. Aufgrund der außergewöhnlichen Situation befürwortete ein Teil eine Große Koalition. Adenauer hingegen wollte diese nicht, da er eine tief verwurzelte Abneigung gegenüber den Sozialdemokraten besaß, die noch aus der parlamentarischen Arbeit der Weimarer Republik resultierte.

Am 21. August 1949, einem Sonntag, fand in seinem Wohnhaus in Rhöndorf eine Konferenz mit führendem Politikern aus CDU und CSU statt, auf der sowohl die Koalitions- als auch die Personalfragen diskutiert wurden.

Ort und Zeit waren nicht zufällig gewählt. Auch hier wusste sich Adenauer wieder geschickt in Szene zu setzen und brachte nicht nur die Kleine Koalition aus CDU/CSU, FDP und DP

durch, sondern erreichte sogar, dass er von seiner Partei als Bundeskanzler vorgeschlagen wurde.

Nachdem am 12. September 1949 zuvor Theodor Heuss das Amt des Bundespräsidenten angetreten hatte, wurde am 15. September Konrad Adenauer mit nur einer Stimme Mehrheit, seiner eigenen, zum ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

Damit verfügte das Land über ein Staatsoberhaupt, einen Regierungschef und ein frei gewähltes Parlament. Mit der Vereidigung des Kabinetts am 20. September 1949 besaß man zwar auch eine Regierung, souverän in ihren Entscheidungen war diese jedoch noch lange nicht.

Bereits einen Tag später trat das Besatzungsstatut in Kraft. Die Hohen Kommissare behielten sich weiterhin ein Vetorecht vor und die eingeleiteten Demontagen von Betrieben gingen zunächst unvermindert weiter. Allerdings war man von Alliierten Seite nun bereit, mit der neu gewählten Bundesregierung darüber in Verhandlungen einzutreten. Schon bei der Entgegennahme des Statuts auf dem Petersberg machte Adenauer durch seinen berühmt gewordenen Schritt auf den Teppich deutlich, dass er künftig als gleichberechtigter Partner angesehen werden wollte. Bei den anschließend einsetzenden Verhandlungen signalisierten die Alliierten ein gewisses Entgegenkommen, wenn die Bundesregierung ihrerseits einen Vertreter zur Internationalen Ruhrbehörde entsende. Damit würde sie die Bedingungen der Siegermächte in Bezug auf Kohle- und Stahlproduktion anerkennen.

Mit der Unterzeichnung des Petersberger Abkommens am 22. November 1949 gelang ein erster wesentlicher Schritt auf dem Weg zur Normalisierung und Souveränität. Mit diesem Abkommen erkannte die Bundesregierung die Bedingungen an. Gleichzeitig erreichte Adenauer, dass die Demontagen weitgehend eingeschränkt oder gar eingestellt wurden. Mit diesem Abkommen sollte die Bundesrepublik enger an den Westen gebunden werden, denn eine weitere Bedingung des Abkommens bestand im Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat. Im Falle des Beitritts wurde ihr die Mitgliedschaft in weiteren internationalen Organisationen in Aussicht gestellt. Während für Bundeskanzler Adenauer das Erreichen der vollständigen Souveränität in freier Selbstbestimmung das wichtigste Ziel seiner Politik darstellte, akzentuierte die SPD-Opposition die Wiedervereinigung als primäres Ziel. Berühmt wurde in diesem Zusammenhang Schumachers Zwischenruf „*Kanzler der Alliierten*“ in der Bundestagssitzung vom 24. November 1949, der für große Aufregung sorgte. Nach dem Willen der Opposition sollte der damals sehr populäre Neutralitätsgedanke ernsthaft geprüft werden. Danach sollte ein vereinigtes Deutschland keinem Militärbündnis angehören dürfen

und auch selbst keine eigene Armee besitzen. Viereinhalb Jahre nach Kriegsende war dies kein sehr ungewöhnlicher Gedanke. Um so heftiger waren die Reaktionen auf ein Interview Adenauers, das er am 3. Dezember der amerikanischen Zeitung Cleveland Plain Dealer gab, von der er wusste, dass sie zur Lektüre des US-Präsidenten Truman gehörte. Darin sprach er sich vorsichtig über die Möglichkeit der Entsendung eines deutschen Kontingents in eine zu bildende europäische Armee aus. So kühn der Gedanke für die damaligen Verhältnisse auch gewesen sein mag, war er doch nur das Ergebnis weit reichender Überlegungen seitens der Alliierten. Eine dauerhafte Stationierung von großen Besatzungsarmeen belasteten die Haushalte der jeweiligen Länder sehr, denn nicht alle Kosten konnten auf die Bundesrepublik abgeschoben werden. Zugleich geriet man in den Zwiespalt, den neuen Staat in ein Militärbündnis integrieren, ihm aber gleichzeitig das Instrumentarium einer Armee zu versagen. Bereits im Winter 1949 begannen also jene Überlegungen, die etwas mehr als zwei Jahre später zum EVG-Vertrag führten.

Fast parallel zur Gründung der Bundesrepublik konstituierte sich im Ostsektor ein zweiter Staat, der dem Namen nach zwar demokratisch, tatsächlich aber nichts anderes als ein Satellit der Sowjetunion war. Nach der Verschmelzung der SPD und KPD zur SED als Staatspartei existierten zwar noch konservative, liberale und andere Parteien, doch hatten sie immer weniger Einfluss auf das politische Geschehen, das nun zunehmend und später ausschließlich von der SED beherrscht wurde.

Am 07. Oktober 1949 trat die Verfassung der DDR in Kraft. Im Gegensatz zur westlichen Terminologie des Grundgesetzes wurde die Verwendung des Begriffes *Verfassung* hier bereits mit der endgültigen und unwiderruflichen Existenz eines zweiten deutschen Staates gleichgesetzt. Damit war ein weiterer sichtbarer Schritt in Richtung dauerhafter Teilung vollzogen worden. Dennoch begann die DDR-Führung schon 1950 mit Billigung der Sowjets damit, der Bundesregierung Noten mit Vorschlägen zur Wiedervereinigung zukommen zu lassen und sorgte damit immer wieder für neue heftige innenpolitische Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik. Eine erste Note von DDR-Ministerpräsident Grotewohl zur Schaffung eines gesamtdeutschen konstituierenden Rates ging am 30. November 1950 bei der Bundesregierung in Bonn ein.

Doch Adenauer blieb bei seinem Konzept, dass nur eine im westlichen Bündnis verankerte Bundesrepublik stark genug sei, mit dem Osten zu verhandeln. Sein Vorschlag vom 7. März 1950, eine vollständige Union zwischen Deutschland und Frankreich zu bilden, sollte daher

nicht zu der Fehlinterpretation führen, er habe die staatliche Eigenständigkeit opfern wollen. Hier findet sich vielmehr der Urgedanke dessen, was in den 90er-Jahren zur Bildung der Europäischen Union führen wird.

Der Beginn des Korea-Krieges am 25. Juni 1950 führte dazu, die Diskussion um eine Wiederbewaffnung erneut und mit Vehemenz aufzugreifen, denn man sah sich in einer ähnlichen Lage und fühlte sich durch den Osten ernsthaft bedroht, besonders als Berichte bekannt wurden, dass in der DDR der Aufbau einer kasernierten Volkspolizei längst begonnen hatte.

Wenngleich die Verhältnisse in Korea nur sehr bedingt mit der Situation in Europa vergleichbar waren, zeigten sie jedoch, dass eine Konfrontation der beiden Supermächte, auch wenn diese nicht unmittelbar stattfand, immerhin möglich zu sein schien.

Der Krieg in Korea und der Aufbau der Volkspolizei in der DDR lieferten allerdings die geeigneten Argumente, die Bundesrepublik zu bewaffnen und enger an den Westen zu binden. Beides passte in die grundsätzliche Konzeption Adenauers. Nachdem der französische Außenminister Schuman bereits am 9. Mai den Vorschlag unterbreitet hatte, die französische und deutsche Kohle- und Stahlindustrie zu verflechten, sprach sich Frankreichs Ministerpräsident Pleven am 24. Oktober für die Schaffung einer gemeinsamen Armee aus.

Daraus die Folgerung zu ziehen, Frankreich habe damit begonnen, eine besondere Affinität zu Deutschland zu entwickeln, wäre eine völlige Verkennung der Tatsachen. Diese französischen Vorschläge basierten im Gegenteil auf einem tief verwurzelten Misstrauen gegenüber dem westlichen Nachbarn. Frankreich versprach sich dadurch eine wirkungsvolle Kontrolle der deutschen Stahlindustrie und die Befriedigung seines Sicherheitsbedürfnisses gegenüber eines militärischen Wiederaufbaus Deutschlands. Adenauer nahm dieses Verhalten billigend in Kauf, entsprach doch die Realisierung der Vorschläge wiederum seiner These, dass man einem wirtschaftlich und militärisch integriertem Deutschland seinen gleichberechtigten Platz in der Staatengemeinschaft Europas wird nicht versagen können.

Am 18. April 1951 fand in Paris die feierliche Unterzeichnung des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), kurz Montanunion, statt, der am 11. Januar vom Bundestag ratifiziert wurde und am 25. Juli 1952 in Kraft trat. Die Restriktionen, die im Ruhrstatut vom November 1949 festgelegt wurden, verloren damit ihre Gültigkeit.

Die Verwirklichung des sog. Pleven-Planes gestaltete sich hingegen als deutlich schwieriger. Zunächst herrschte ein weit gehender Konsens, dass eine solche Armee der jeweils eigenen Sicherheit diene, doch war Frankreich nicht bereit, hierfür seine nationalen Streitkräfte

aufzugeben. Aber auch die Bundesrepublik erlebte hierbei ihre erste große innenpolitische Krise. Während Adenauer eine weitere Möglichkeit sah, die vollständige Souveränität zu erlangen, wehrte sich die Opposition ganz entschieden dagegen und rief das BVG zur Hilfe. Die Streitfrage war dabei das Saarland, das wirtschaftlich und politisch immer mehr von Frankreich kontrolliert wurde. Nach dem Willen der Opposition sollte ein Vertrag zur militärischen Union mit Frankreich erst nach der vollständigen Rückgliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik erfolgen. Adenauers Primärziel war aber weiterhin die Westintegration, doch brauchte er für die Verwirklichung des EVG-Vertrages die Stimmen der SPD. Es kam zum Kompromiss, in dem sich Frankreich und Deutschland darauf verständigten, ein Saarstatut zu schaffen und die Bevölkerung des Saarlandes darüber abstimmen zu lassen, d. h., sich entweder für eine weitere Angliederung an Frankreich oder eine Rückkehr zur Bundesrepublik zu entscheiden. Am 23.10.1955 lehnte die Saarbevölkerung das Statut ab und entschied sich so für die zweite Option. Aber auch der EVG-Vertrag kam nicht zu Stande. Er scheiterte letztlich an Frankreich, das seine nationale Armee nicht aufgeben wollte. Am 30. August 1954 lehnte die französische Nationalversammlung den EVG-Vertrag ab. Die eigentliche Intention, durch die Gemeinschaftsarmee militärische Kontrolle auf die Bundesrepublik ausüben zu können, wurde zugunsten der nationalen Eigenständigkeit der eigenen Streitkräfte aufgegeben. Ein knappes Jahr später, am 09. Mai 1955 erfolgte die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO.

Ein sehr bedeutendes und bis heute immer wieder diskutiertes Ereignis stellte die Friedensnote Stalins vom 10. März 1952 dar. Das Verlockendste daran war das Angebot zur Wiederherstellung der deutschen Einheit, das Abschreckendste die Forderung nach absoluter Neutralität. Letzteres wurde überwiegend als taktisches Manöver gewertet, um über diesen Weg Einfluss auf ganz Deutschland zu gewinnen und so dem erklärten Ziel der Weltherrschaft des Kommunismus wieder ein Stück näher zu kommen. Dieser Gedanke war indes nicht ganz abwegig. Immerhin verfügte die KP in Frankreich und Italien über sehr starke und einflussreiche Bastionen. Die Gefahr der Einkreisung durch den Kommunismus wurde daraufhin im Westen dramatisch heraufbeschworen.

Während sich Adenauer und die Alliierten Westmächte weitgehend darüber einig waren, dass es sich bei dieser Note nur um ein Störmanöver zur Verhinderung der westdeutschen Integration handeln könne, wurde von der DDR-Führung die Ernsthaftigkeit des Angebotes unterstrichen und die Annahme befürwortet. Auch die SPD-Opposition in der Bundesrepublik

trat nachdrücklich für eine ernsthafte Prüfung des Angebotes ein und nahm dem Kanzler die Ablehnung noch Jahre danach übel.

Auch das zweite Angebot Stalins, in dem er sogar freie Wahlen zulassen wollte, scheiterte mit der gleichen Begründung. Wenn daher überhaupt eine ernsthafte Chance zur Vereinigung beider Teile Deutschlands bestanden haben sollte, dann nur unter der Bedingung der Neutralität, was letztlich doch - so der allgemeine Tenor bei den Westmächten - zu einer erheblichen Einflussvermehrung der Sowjetunion in ganz Deutschland und damit auch in Europa geführt hätte. Alle weiteren Noten wurden eben mit diesem Argument stets abgelehnt. Die Diskussion über die Stalin-Note zeigte einerseits sehr klar die unterschiedliche Akzentuierung in der Deutschlandpolitik; andererseits wurde aber auch deutlich, dass das Ziel der Wiedervereinigung in immer weitere Ferne zu rücken schien.

Einen weiteren dramatischen Höhepunkt erlebte das Land am 17. Juni 1953. An diesem Tag wurde der tiefe Riss, der sich zwischen den beiden Teilen Deutschlands bereits gebildet hatte, auf schmerzliche Weise deutlich. Was am 16. Juni als eher harmlose Ankündigung der Normenerhöhung in der DDR begann, eskalierte tags darauf zum allgemeinen, allerdings spontanen und unorganisierten Volksaufstand gegen das Regime, der durch das Eingreifen der Sowjetarmee blutig niedergeschlagen wurde. Anders als im Herbst 1989 stand hier die Sowjetunion schützend hinter ihrem Satellitenstaat und verteidigte dessen Existenz mit Waffengewalt.

Am 6. September 1953 fanden in der Bundesrepublik die Wahlen zum zweiten Deutschen Bundestag statt, die die CDU/CSU mit einem Stimmenanteil von 45,2 % klar für sich entscheiden konnte. Adenauer interpretierte dieses Ergebnis als eindrucksvolle Bestätigung seiner bisherigen Politik. Der inzwischen 77-Jährige wurde erneut zum Bundeskanzler gewählt.

Am 25. März 1954 erklärte die Sowjetunion die DDR zum souveränen Staat. Der Ostteil Berlins wurde daraufhin offiziell zur Hauptstadt erklärt. Ein Faktum, das Langzeitwirkung zeitigte, denn vier Jahre später entstand eine neue Krise, diesmal um den Status von Berlin. 1958 forderte Chruschtschow die Westmächte auf, ihre Truppen binnen sechs Monaten aus Berlin zurückzuziehen und die Stadt in eine selbstständige politische Einheit umzuwandeln. Die Bedeutung dieses Ultimatums lag klar auf der Hand. Berlin wäre eine neutrale Insel inmitten der DDR und sollte dieser im nächsten Schritt einverleibt werden.

Am 9. Mai 1955 wurde die Bundesrepublik in die NATO aufgenommen. Als Gegenpol zu diesem Bündnis konstituierte sich am 14. Mai der Warschauer Pakt, ein Militärbündnis der Ostblockstaaten.

Am 5. Mai erhielt die Bundesrepublik ihre volle Souveränität. Somit existierten nunmehr zwei deutsche Staaten.

1.5. Wirtschaftswunder und endgültige Teilung Deutschlands

Die Gründungsphase der Bundesrepublik war abgeschlossen, das demokratische System hatte seine erste Bewährungsprobe bestanden und die Verankerung in das westliche Militärbündnis war vollzogen, die Wirtschaft boomte und die Löhne begannen immer kräftiger zu steigen. Dennoch gab es noch immer nicht erreichte politische Ziele. Deutschland war nach wie vor geteilt.

Vom 9. bis 13. September 1955 reiste Bundeskanzler Adenauer in die Sowjetunion. Seiner Forderung, alle noch in Gefangenschaft befindlichen Deutschen freizulassen, wurde erst entsprochen, als er sich anschickte, die Verhandlungen abubrechen. Er wusste allerdings nicht, dass die Freilassung der Gefangenen bereits vor seinem Besuch von den Sowjets beschlossen worden war. Die Freilassung der Kriegsgefangenen wird nichts desto weniger bis heute häufig noch als die größte Leistung Adenauers genannt. Im Gegenzug willigte der Kanzler in die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur UdSSR ein. Von nun an waren zwei deutsche Botschafter in Moskau akkreditiert. Allerdings weigerte sich die Bundesregierung weiterhin, die DDR anzuerkennen. Als Folge daraus formulierte sie am 22. September eine Note an die Westmächte, die als sog. Hallstein-Doktrin bekannt und nach ihrem geistigen Vater, Prof. Walter Hallstein, benannt wurde. Fortan sollten alle diplomatischen Beziehungen zu jenen Ländern abgebrochen werden, die die DDR völkerrechtlich als Staat anerkannten. Erstmals wurde sie 1957 im Falle Jugoslawiens angewendet.

Nach jahrelangem Streit, der nicht nur tiefe Gräben zwischen den politischen Lagern hinterließ, wurden am 02. Januar 1956 die ersten 1000 Freiwilligen zum Wehrdienst einberufen. Nicht ganz neun Jahre nach Kriegsende gab es damit wieder ein Kontingent regulärer deutscher Truppen auf westdeutschem Boden. Bereits 1949 wurden ja schon erste zaghafte dahin gehende Überlegungen öffentlich diskutiert. Mit Beginn des Korea-Krieges im darauf folgenden Jahr war die Frage des *ob* bereits obsolet. Das Scheitern der EVG führte

schließlich zur Aufnahme in die NATO, was zwangsläufig den Aufbau von Truppen nach sich ziehen musste. Damals sprach man oft noch von einer neuen *Wehrmacht*, erst später - nach Erlangen der Souveränität - wurde die Bezeichnung *Bundeswehr* allgemein gebräuchlich. Parallel hierzu begann auch die DDR mit dem Aufbau von Truppen. Die als Volkspolizei bezeichneten Einheiten waren in Wirklichkeit nichts anderes als kasernierte Soldaten, denen man offiziell polizeilichen Charakter verliehen hatte. Ihre Ausbildung war militärisch organisiert und entsprach dem Niveau der alten Wehrmacht.

Nachdem die Bundesrepublik nun die ersten Freiwilligen einberief, ließ auch die DDR den Schleier fallen und beschloss am 18. Januar 1956 ein „*Gesetz über die Schaffung der Nationalen Volksarmee und das Ministerium für Nationale Verteidigung der DDR*“. Am 7. Juli beschloss darauf der Bundestag die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Ein Jahr später wurden am 1. Juli die ersten Wehrpflichtigen einberufen. Damit gab es wieder deutsche Truppen, die jedoch diesmal im Zweifelsfalle gegeneinander antreten sollten.

Am 1. Januar 1957 erfolgte die endgültige Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik. Das jahrelange Feilschen um dieses Gebiet hatte nun ein Ende.

Ein ebenfalls wichtiger Meilenstein in der Entwicklung der Bundesrepublik und Europas wurde mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März 1957 gesetzt. Hier wurde nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft gebildet, sondern zugleich der Gedanke einer künftigen Europäischen Union als Fiktion formuliert.

Mit den Wahlen zum 3. Deutschen Bundestag am 15. September erreichte Konrad Adenauer den Zenit seiner Kanzlerschaft. Die CDU /CSU erhielt 50,2 % aller Stimmen und damit die absolute Mehrheit aller Sitze im Bundestag. Nach seiner Regierungsbildung wurde Adenauer, nun schon 81 Jahre alt, am 22. Oktober zum dritten Mal zum Bundeskanzler gewählt. Doch damit begann auch gleichzeitig die Kanzlerdämmerung. Als nämlich 1959 die Nachfolge von Theodor Heuss anstand, zeigte sich erstmals deutlich, dass die Ära Adenauer ihrem Ende entgegen ging. Was war geschehen? Laut Grundgesetz kann der Bundespräsident für eine zweite 5-jährige Amtszeit gewählt werden. Theodor Heuss war bereits seit 1949 im Amt und konnte daher nicht wieder gewählt werden. Überlegungen, das Grundgesetz zu ändern und dem sehr populären Heuss eine dritte Amtszeit zu ermöglichen, wurden jedoch sehr bald aufgegeben. Die CDU geriet unter Zugzwang, als die SPD Prof. Carlo Schmid als Kandidaten ins Rennen schickte. Adenauer versuchte daraufhin, Ludwig Erhard zu einer Kandidatur zu

überreden. Dies geschah durchaus nicht uneigennützig, denn Erhard hatte selber starke Ambitionen auf das Kanzleramt, was Adenauer mit allen Mitteln zu verhindern suchte, da er ihn für völlig ungeeignet hielt. Nach einer halbherzigen Zusage zog der Wirtschaftsminister seine Kandidatur jedoch wieder zurück. Nun beschloss Adenauer, selber zu kandidieren. Nach der Lektüre des Grundgesetzes glaubte er nämlich, dass Heuss dessen Möglichkeiten nur unzureichend genutzt habe. Vor allem reizte ihn der Gedanke, den Bundeskanzler vorschlagen und somit Erhards Kanzlerschaft verhindern zu können. Am 7. April nominierte die CDU Konrad Adenauer zum Kandidaten. Die allgemeine Freude hierüber währte jedoch nicht lange. Nachdem Adenauer aufgrund eines Rechtsgutachtens einsehen musste, dass die Kompetenzen des Bundespräsidenten nun doch nicht so umfassend waren wie er angenommen hatte, zog er seine Kandidatur am 5. Juni mit der Begründung wieder zurück, er könne in diesen schweren Zeiten das Amt des Bundeskanzlers nicht verlassen. Schließlich wurde Landwirtschaftsminister Heinrich Lübke aus purer Verlegenheit nominiert und am 1. Juli 1959 zum Präsidenten gewählt.

Dieser einmalige Vorgang in der Geschichte der Bundesrepublik zeigt, dass es in der Anfangszeit durchaus noch Klärungsbedarf hinsichtlich der Kompetenzen des Staatsoberhauptes gab.

Ende der 50er-Jahre war der Wiederaufbau schon sehr weit fortgeschritten, wenngleich die Kriegsfolgen noch nicht gänzlich beseitigt waren. Nachdem die Gewerkschaften sich in den ersten Jahren zurück hielten, begannen sie nun damit, mehr Rechte für die Arbeitnehmer einzufordern. Der DGB kündigte am 10. August 1959 als nächstes Ziel die Einführung der 5-Tage-Woche mit einer 40-stündigen Arbeitszeit an. Erstmals protestierten mehrere tausend Bergarbeiter mit einem Schweigemarsch gegen die Absatzkrise im Kohlenbergbau. Vom 7. bis 8. März 1961 demonstrierten in Dortmund 20000 Bauern gegen die Agrarpolitik der Bundesregierung. Am 31. Mai wurde das Gesetz zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer verabschiedet. Vom 1. bis 3. April fanden die ersten Ostermärsche der Atomwaffengegner statt. Vom 29. April bis zum 10. Mai 1963 streikten die Metallarbeiter in Baden-Württemberg. Bei dieser größten Streikbewegung nach dem Krieg kam es erstmals auch zu Aussperrungen. Die Zeit des Stillhaltens war damit endgültig vorüber.

Auch in der Beziehung zur DDR trat eine weitere Verschlechterung ein. Gemäß der Hallstein-Doktrin beschloss die Bundesregierung am 28. Oktober 1959, dass gegen das Zeigen der DDR-Flagge polizeilich vorgegangen werden solle. Am 8. September 1960 erging in der DDR ein Erlass, wonach jeder Bundesbürger für den Besuch Ost-Berlins eine Aufenthaltsgenehmigung benötigte. Am 13. September erklärte die DDR die bundesdeutschen Pässe der West-Berliner für ungültig. Dies waren erste Anzeichen für eine Verschärfung der Situation in Berlin. Fast exakt ein Jahr später begann die DDR, den Ostsektor der Stadt hermetisch abzuriegeln.

Der 13. August 1961 gehört zu den erschütterndsten Tagen in der Geschichte der Bundesrepublik. Mit der Errichtung von Stacheldrahtzäunen unternahm die DDR den Versuch, den ständig anwachsenden Flüchtlingsstrom über die Sektorengrenzen zu unterbinden. Nachdem Tausende bereits geflohen waren und das Land immer mehr qualifizierte Arbeitskräfte verlor, zog Ulbricht mit Billigung Chruschtschows am Morgen des 13. August die Notbremse. Schon zwei Monate zuvor kursierten bereits Gerüchte über einen bevorstehenden Mauerbau, die Ulbricht am 15. Juni dementierte. Seine Worte: „*Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.*“ sind legendär. Die Bundesregierung und die Westmächte reagierten mit Protestnoten. Diese Reaktion war sowohl hilf- als auch wirkungslos. Man war auf einen solchen Fall einfach nicht vorbereitet. Adenauer unterbrach nicht einmal seinen Wahlkampf und reiste erst Tage später nach Berlin. Besonders seine Entgleisung gegenüber dem SPD-Kanzlerkandidaten Willy Brandt wurde ihm sehr verübelt. Auch seine Argumentation, den sofortigen Aufbruch nach Berlin unterlassen zu haben, weil er fürchtete, dort interniert werden zu können, klang dabei wenig glaubhaft. Außerdem war er der Meinung, nicht vor den Westmächten reagieren zu müssen. Adenauer und seine Ratgeber waren verstört und reagierten völlig falsch. Sein gemeinsamer Fernsehauftritt mit Außenminister von Brentano am 14. August unterstrich seine Ratlosigkeit dramatisch. Statt wirkungsvolle Maßnahmen anzukündigen, beließen es beide lediglich bei banalen Beruhigungsformeln.

Dieses Verhalten stieß nicht nur bei der Berliner Bevölkerung auf größtes Unverständnis. Seine oft und erfolgreich propagierte Position der Stärke erhielt dadurch einen deutlich Riss und gab der Diskussion um seine Nachfolge neue und nachhaltige Nahrung.

Auch bei seinem Zusammentreffen mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow am 16. August blieb Adenauer erstaunlich zurückhaltend.

Die Bevölkerung quittierte sein Verhalten bei der Bundestagswahl am 17. September. Die schon sicher geglaubte absolute Mehrheit der Stimmen ging verloren. Noch im Juli lag die CDU in Umfragen bei 49%, Ende August bei lediglich 35% und gar 28% wollten Adenauer nicht mehr als Kanzler sehen. Zwar wurde er erneut zum Bundeskanzler gewählt, musste aber zusagen, im Herbst 1963 zurückzutreten.

Angesichts der weiterhin angespannten Wirtschaftslage wandte sich Wirtschaftsminister Erhard am 21. März 1962 mit einem Maßhalte-Appell an die Bundesbürger und forderte diese zu einer sparsameren Lebensweise auf. Auch dieses war ein einmaliger und ein bis dahin im Zeichen des Wirtschaftswunders ungewohnter Vorgang.

Das bedeutendste innenpolitische Ereignis des Jahres war jedoch die SPIEGEL-Affäre im Oktober 1962, in deren Verlauf Verteidigungsminister Strauß zurücktreten und Adenauer einen erheblichen Reputationsverlust hinnehmen musste. Der Streit entspann sich um einen Artikel im SPIEGEL, der aufgrund geheimer Unterlagen die bedingte Abwehrbereitschaft der Bundeswehr offenbarte. Zum Skandal kam es, als im Zuge der Ermittlungen SPIEGEL-Herausgeber Augstein wegen Verdachts des Landesverrats verhaftet wurde. Am Ende zog die FDP ihre Minister aus dem Kabinett zurück. Der Ruf nach der Ablösung Adenauers wurde nun immer lauter. Doch zuvor vollzogen sich noch zwei bedeutende und für die Zukunft Deutschlands und Europas richtungsweisende Ereignisse.

Am 22. Januar 1963 unterzeichneten Adenauer und de Gaulle den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag und zogen so symbolisch einen Schlussstrich unter die Erbfeindschaft beider Völker. Für Adenauer bedeutete dies die Vollendung seines Lebenswerkes.

Am 26. Juni des Jahres besuchte als erstes westliches Staatsoberhaupt seit 1945 US-Präsident Kennedy Berlin. Sein in gebrochenem Deutsch gesprochener Satz: „*Ich bin ein Berliner*“ ging in die Geschichte ein.

Fast auf den Tag genau 14 Jahre nach seinem Amtsantritt wurde Konrad Adenauer am 15. Oktober 1963 vom Bundestag als Bundeskanzler verabschiedet. Mit seinem Ausscheiden aus dem Amt vollzog sich gleichzeitig eine Zäsur. Die Zeit des Aufbaus und der Expansion war vorüber und die Trennung Deutschlands schien unwiderruflicher denn je.

Nun begann die Zeit des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umschwungs, an deren Ende nicht nur ein neues Regierungsbündnis, sondern auch eine völlig neue Lebenshaltung der heranwachsenden Generation in Erscheinung trat.

2. Politik unter Erhard

2.1. Die Post-Adenauer-Ära - 1963- 1966 (Übersicht)

16.10.1963: Ludwig Erhard wird als Nachfolger Konrad Adenauers zum Bundeskanzler gewählt.

14.10.1964: Sturz Chruschtschows.

01.07.1964: Heinrich Lübke wird in Berlin erneut zum Bundespräsidenten gewählt.

12.05.1965: Bekanntgabe der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel.

07.03.1966: Austritt Frankreichs aus der NA TO zum 01.07.

10.11.1966: Ludwig Erhard tritt als Bundeskanzler zurück.

2.2. Die Außenpolitik

Die Außenpolitik unter Ludwig Erhard war zunächst die Fortsetzung die seines Vorgängers. Im Wesentlichen bestand sie aber in der Bewahrung des Erreichten. Durch die Mitgliedschaft in der NATO und EWG war die Westintegration der Bundesrepublik abgeschlossen. Der deutsch-französische Freundschaftsvertrag von 1963 stellte darüber hinaus einen wichtigen Schritt auf dem Weg der Verständigung mit dem westlichen Nachbarn dar. Mehr noch als Adenauer setzte Erhard auf die Partnerschaft mit Amerika. Bei seinem ersten Staatsbesuch als Bundeskanzler in Paris bekannte er gegenüber de Gaulle, dass er sich uneingeschränkt auf die Zusage der Amerikaner verlassen könne. Diese würden, im Falle eines russischen Angriffs, die Freiheit auch mit Atomwaffen verteidigen. Das Vertrauen in die Amerikaner sei für ihn gewissermaßen ein Glaubensbekenntnis. Hier wurde seine teilweise naiv zu nennende Zuversicht in der Bündnispolitik der Westmächte, insbesondere Amerikas deutlich. De Gaulle nahm gegenüber den USA eine völlig andere Position ein. Zwar war er sich der wirtschaftlichen und militärischen Größe der Vereinigten Staaten durchaus bewusst, allerdings wollte er ein Glaubensbekenntnis im Sinne Erhards nicht ablegen. Im Gegensatz zum Bundeskanzler sah de Gaulle die Rollenverteilung in Europa ebenfalls anders. Aus seinem eigenen Selbstverständnis war Frankreich die Führungsmacht auf dem Kontinent und er als ihr Präsident der wichtigste Mann. Der Ausbau einer eigenen Atomstreitmacht und der Austritt aus dem westlichen Militärbündnis 1966 wiesen in diese Richtung. Deutschland dürfe zwar weiterhin am Militärbündnis mit Frankreich partizipieren, aber eben als dessen Juniorpartner.

Die unübersehbar unterschiedlichen Schwerpunkte ihrer Politik führten bereits beim Halbjahrestreffen am 3. und 4. Juli 1964 zu einer Verstimmung zwischen Erhard und de Gaulle und damit im deutsch- französischen Verhältnis, die während der gesamten Regierungszeit Erhards latent erhalten blieb. Dazu trugen auch die betonten Antipathien Außenminister Schröders gegenüber Frankreich bei. Am 12. Januar 1965 erklärte dieser im Verteidigungsrat: *„Ich bin nicht bereit, eine Sonderrolle Frankreichs in Europa anzuerkennen.“*

Die einseitige Akzentuierung der Freundschaft mit Amerika wurde bei Erhards Besuch in Washington im Dezember 1965 empfindlich gestört. Hinsichtlich der französischen Atomrüstung drängte Erhard auf eine atomare Beteiligung Deutschlands in der NATO. US-Präsident Johnson hingegen bestand als Ausgleich dafür auf verstärkte deutsche Waffenkäufe

sowie auf eine aktive Unterstützung der amerikanischen Vietnampolitik in politischer, finanzieller und möglichst auch militärischer Hinsicht. Diese beiden Positionen waren jedoch nicht vereinbar. Erhards Glaube in die Unerschütterlichkeit der amerikanischen Freundschaft erhielt dadurch einen deutlichen Dämpfer.

International war der Kalte Krieg in eine neue Phase getreten. Seit dem Bau der Berliner Mauer wurde deutlich, dass die Westmächte den Status quo in Europa und Deutschland nicht mehr in Frage stellten. Zwar waren die Panzeraufmärsche vom August 1961 noch nicht vergessen, doch zeigte das Zurückweichen der Sowjets und die Beschränkung des Machtanspruchs des Westens auf Westberlin, dass weder die Amerikaner als führende Nation der NATO noch die UdSSR daran dachten, wegen der innerdeutschen Grenze in einen bewaffneten Konflikt zu geraten. „*The balance of power*“ die inzwischen erreicht wurde, ließ die Aussichten auf einen eindeutigen einseitigen Sieg beinahe aussichtslos erscheinen. Die Großmächte sahen also keinen Grund, die bestehenden Verhältnisse in irgendeiner Weise zu verändern.

Im gegenseitigen Wettrüsten war keine Seite mehr der anderen voraus. Die Folge daraus war eine gewisse Entspannung zwischen den beiden Supermächten und die Absicherung ihres Machtbereiches. Im Gegenteil: Die deutsche Frage begann im westlichen Lager allmählich lästig zu werden und die Bundesregierung geriet in das Dilemma, den Wiedervereinigungsanspruch einerseits aufrechtzuerhalten und sich andererseits außenpolitisch dadurch nicht zu isolieren.

Außenminister Gerhard Schröder formulierte die Zielsetzung der Bundesregierung in einem Interview am 6.10.1963 im Deutschlandfunk wie folgt: „*Für uns ist Entspannung nur sinnvoll, wenn sie zu einer positiven Veränderung des Status quo führt.*“ und folgerte daraus: „*Wir müssen den Status quo international ständig in Frage stellen.*“ Damit bewegte er sich in der Argumentation Kennedys, der die Auffassung vertrat, dass ein Status quo nur veränderbar sei, wenn er zuvor anerkannt wurde. Die Aufrechterhaltung der deutschen Frage war die Fortsetzung der Politik Konrad Adenauers. Die Wiedervereinigung Deutschlands würde ja eine solche positive Veränderung des Status quo darstellen. Insofern blieb es das Ziel der Regierung Erhard, den Westen ständig daran zu erinnern. Das Dilemma bestand nun darin, dass man auch in der Bundesrepublik längst erkannt hatte, dass die Westmächte dieser Forderung zunehmend reservierter gegenüber standen. Die Hallstein-Doktrin von 1957 blockierte zudem jeden konstruktiven Dialog mit den östlichen Nachbarn. Eine

Entspannungspolitik in dem von Schröder genannten Sinne war auf diese Weise daher kaum realisierbar.

Als schließlich am 14.10.1964 Nikita Chruschtschow gestürzt und durch Leonid Breschnew ersetzt wurde, gewannen im Kreml die Hardliner des Kalten Krieges wieder die Oberhand.

Lediglich die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel im Jahr 1965 kann als außenpolitischer Achtungserfolg der Regierung Erhard verbucht werden. Allerdings geschah dies auf Kosten der Verbindungen zu den meisten arabischen Ländern, die traditionell ein freundschaftliches Verhältnis zur Bundesrepublik unterhielten. Insofern muss dieser Erfolg relativiert werden. Nur Libyen, Marokko und Tunesien brachen ihrerseits die diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik nicht ab.

Ein weiterer Rückschlag bedeutete die Ankündigung Frankreichs am 7. März 1966, das westliche Militärbündnis (NATO) zum 01.07.1966 zu verlassen.

Ludwig Erhard, dessen Domäne eindeutig die Wirtschaftspolitik war, machte auch schon vor seiner Kanzlerschaft keine glückliche Figur in der Außenpolitik. Als Bundeskanzler überließ er dieses Feld weitgehend seinem Außenminister und vernachlässigte hierbei die von Adenauer stets extensiv ausgelegte Richtlinienkompetenz.

2.3. Innenpolitik

Nach der Zeit des wirtschaftlichen Wachstums in zum Teil zweistelliger Höhe in den 50er-Jahren mehrten sich zu Beginn der 60er-Jahre die Anzeichen für eine sich anbahnende Rezession. Schon Ende der 50er-Jahre deuteten erste Anzeichen von Stagnation auf eine Trendwende hin.

Die Gründe hierfür lagen in erster Linie in der fortschreitenden Sättigung des Marktes der Industrie- und Konsumgüter. Der Bedarf an modernem Industriergerät war Anfang der 60er-Jahre weitgehend gedeckt. Durch die Vollbeschäftigung und ständig steigende Löhne waren auch die privaten Haushalte in der Lage, ihren Konsumgüterbedarf zu befriedigen.

Hinzu kamen hohe Lohnforderungen der Gewerkschaften, die diese noch immer damit begründeten, sich in den Anfangsjahren zurückgehalten zu haben. Schließlich beherrschte auch die Angst vor einer wachsenden Inflation die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bonner Regierung. Die katastrophalen Ereignisse der späten 20er-Jahre waren vielen noch in lebhafter Erinnerung und schürten die Angst vor solch einer erneuten Entwicklung. Verstärkt wurde diese Angst durch die Rezession in der amerikanischen Wirtschaft. Hier sah man

Parallelen, die zum großen Börsenkrach im Jahr 1929 führten und an dessen Ende über sechs Millionen Arbeitslose in Deutschland registriert waren.

1964/65 war der Export aus der Bundesrepublik erstmals wieder rückläufig und wirkte sich negativ auf den Arbeitsmarkt aus. Verschärft wurde diese Situation noch durch die Krise im Kohlenbergbau. Neue Energieträger wie Erdöl oder -gas wurden zunehmend importiert und waren zudem noch billiger als die heimische Kohle. Selbst die Stützung durch den sog. Kohlepfennig und staatliche Subventionen konnte nicht verhindern, dass im Kohlebergbau Arbeitsplätze abgebaut und Zechen geschlossen werden mussten. Ausgerechnet Erhards Credo vom Wohlstand für alle und sein fast grenzenloser Optimismus in die soziale Marktwirtschaft erlitten hier einen irreparablen Schaden.

War Ludwig Erhard außenpolitisch schon nicht sehr erfolgreich und überließ dieses Feld gerne seinem Außenminister, so musste das Versagen in seiner ureigensten Domäne ein Alarmzeichen und das Signal für sein Scheitern sein. Selbst sein großartiger Wahlsieg am 19. September 1965 konnte seinen Niedergang nicht mehr verhindern. Zwar erreichte die CDU/CSU eindrucksvolle 47,6% der Wählerstimmen und damit rund 2% mehr als bei der Bundestagswahl 1961 mit Konrad Adenauer, aber dieser Sieg war zugleich der Beginn seiner Niederlage.

Äußerer Anlass waren die Beratungen zum Haushalt 1967. Schon in der Kabinettsitzung am 26. Oktober 1966 kam es zu Auseinandersetzungen zwischen den Ministern aus der CDU/CSU und der FDP. Die Minister der Union warfen der FDP vor, ein Zusammengehen mit der SPD anzustreben. Besonders Walter Scheel trat hierfür offen ein. Im Gegenzug beschuldigte die FDP die Union, die Möglichkeit einer Großen Koalition mit der SPD in Erwägung zu ziehen. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit war unter diesen Umständen kaum mehr möglich.

Tatsächlich zog man auf der jeweiligen Seite genau die genannten Möglichkeiten in Betracht. In der Union war man jetzt bereit, den eher glücklosen Ludwig Erhard durch einen anderen Regierungschef zu ersetzen. Ausschlaggebend waren dabei die Misserfolge bei den Landtagswahlen und hier die Wahl in Hessen am 6. November 1966, bei der die NPD 7,9% der Stimmen erhielt und der Stimmenanteil der CDU von 28,8% auf 26,4% sank. Die SPD besaß schon in der vergangenen Legislaturperiode die absolute Mehrheit, legte aber noch geringfügig um 0,2% auf 51% zu.

Innerhalb der Bundes-CDU gab es schon seit längerem Stimmen, dass man mit Erhard die nächste Bundestagswahl 1969 nicht mehr gewinnen könne und es besser sei, ihn rechtzeitig

aus dem Sattel zu heben. Besonders ambitionierte Anwärter auf die Nachfolge waren Außenminister Gerhard Schröder, Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier, aber auch der CDU-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, Rainer Barzel.

Aus der CSU meldete Franz-Josef Strauß seinen Anspruch an. Strauß hatte sich ja bereits schon 1963 für die bessere Alternative zu Erhard gehalten und rechnete mit einer nur sehr kurzen Kanzlerschaft, die er dann zu beerben gedachte. Nachdem aber Kurt-Georg Kiesinger eine Große Koalition bildete und sich die Machtverhältnisse 1969 zugunsten der SPD verschoben, schwanden die Chancen auf eine baldige Verwirklichung dieses Ziels. Als Rainer Barzel 1972 überraschend beim konstruktiven Misstrauensvotum gegen Willy Brandt unterlag, glaubte Strauß, erneut eine Chance zu haben. Nur sehr widerwillig akzeptierte er 1976 die Kanzlerkandidatur Helmut Kohls. 1980 unterlag er - nun erstmals selber Kandidat der Union - im direkten Vergleich Helmut Schmidt. Selbst als Helmut Kohl 1982 Bundeskanzler wurde, hoffte Strauß auch hier wieder auf eine nur kurze Zeit, die ihn dann letztlich doch auf den begehrten Kanzlerstuhl bringen würde.

Im Herbst 1966 gab es aber nicht wenige Stimmen innerhalb der CDU, die wegen der anhaltend schwierigen Wirtschaftslage von einem nationalen Notstand sprachen und deshalb eine Koalition mit der SPD bevorzugten.

Auch innerhalb der FDP; die seit 1949 fast ununterbrochen eine Koalitionsregierung mit der Union bildete, zeigte sich eine Neigung, den Partner zu wechseln.

Den äußeren Anlass für den Bruch lieferten die Kabinettsberatungen über den Haushalt 1967. Der Grund war ein Streit mit dem Bundesrat über die Verminderung der Einnahmen aus der Körperschaftssteuer von 39 auf 35%, über die sich das Kabinett zunächst nicht einigen konnte. Schließlich gab die geplante Erhöhung der Tabak- und Mineralölsteuer den Ausschlag. Am 28. Oktober 1966 erklärten die vier FDP-Minister geschlossen ihren Rücktritt. Die Koalition aus CDU/CSU und FDP war damit gescheitert und die Mehrheit im Bundestag dahin.

Initiiert von Herbert Wehner forderte die SPD am 31. Oktober den Bundeskanzler auf, die Vertrauensfrage nach Art. 68 GG zu stellen, was Erhard jedoch ablehnte. Doch die Stimmung war jetzt gegen ihn. Da Erhard ja selbst erklärt hatte, nicht am Stuhl des Kanzlers „zu kleben“, ging man jetzt auch innerhalb der CDU auf Distanz zu ihm. Bundestagspräsident Gerstenmaier erklärte am 3. November, dass man in Kurt-Georg Kiesinger einen geeigneten Nachfolger sähe. Aber auch Meinungsumfragen sprachen nun gegen den Bundeskanzler. 62%

der Befragten waren für seinen Rücktritt und nur 16% für sein Verbleiben im Amt. Selbst unter den CDU-Wählern mochten ihn lediglich nur noch 30% als Bundeskanzler sehen.

Am 30. November reichte Ludwig Erhard bei Bundespräsident Lübke seinen Rücktritt ein.

2.4. Die Popularität Ludwig Erhards

Neben Konrad Adenauer steht der Name Ludwig Erhard für Erfolg und wirtschaftlichen Aufschwung in den Anfangsjahren der Bundesrepublik.

Im Gegensatz zur SPD, deren Wirtschaftskonzept vereinfacht ausgedrückt - weitgehend auf staatliche Regulierung beruhte - propagierte Ludwig Erhard ein mehr oder weniger freies Spiel der Kräfte von Angebot und Nachfrage. Eine solche Politik deckte sich nicht nur weitgehend mit den Vorstellungen der amerikanischen Besatzungsmacht, sondern kam auch dem Wirtschaftsdenken großer Teile der CDU entgegen.

Konrad Adenauer erkannte schon bald, dass sich mit dieser Wirtschaftspolitik Wahlen gewinnen lassen würden. Kam sie doch dem allgemeinen Trend, der sich von einer umfassenden Bevormundung durch den Staat weg bewegte, sehr entgegen. Allerdings ergab sich bei der Popularisierung bald auch ein linguistisches Problem. Die „*Freie Marktwirtschaft*“ war die Politik des frühkapitalistischen Wirtschaftssystems des 19. Jahrhunderts, in der die Arbeitgeber die Regeln diktierten. Doch eine völlige Freiheit dieser Kräfte war nicht das, was Ludwig Erhard wollte. Die Gewerkschaften als Gegenpol zu den Arbeitgeberverbänden sollten an der Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen wesentlich an der betrieblichen Mitbestimmung beteiligt werden, wenngleich sie sich am Anfang mit Lohnforderungen sehr zurückhielten. Schließlich wurden auch eine Reihe von gesetzgeberischen Maßnahmen getroffen, wie etwa das Mitbestimmungs- und Betriebsverfassungsgesetz oder die Festlegung einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit. Dies verbesserte die Position der Arbeitnehmer wesentlich. Insofern wäre die sprachliche Akzentuierung auf „*Frei*“ daher unzutreffend und irreführend. Gerade weil den Arbeitnehmern in den Betrieben ein bis dahin noch nie da gewesenes Mitbestimmungsrecht eingeräumt wurde, schien die Betonung der sozialen Komponente sinnvoll. In der Tat spricht man seit dem von der „*sozialen Marktwirtschaft*“. Doch auch dies war - zumindest in den Aufbaujahren der Bundesrepublik - nicht ganz unproblematisch, denn mit dem Attribut „*sozial*“ wurde eher eine Politik der SPD assoziiert. Man sah sich daher im Wirtschaftsministerium veranlasst, durch breit angelegte Werbekampagnen einer möglichen

Fehlinterpretation entgegen zu wirken. Besonders im Wahlkampf 1957 schuf man - nach amerikanischen Vorbild - zwei imaginäre Arbeitnehmerfiguren, die in einer Art Comicstrip die Vorzüge der sozialen Marktwirtschaft priesen, jedoch explizit dabei immer auf Ludwig Erhard und die CDU hinwiesen. Ein solches Konzept hatte durchaus Erfolg und machte den Wirtschaftsminister zeitweise populärer als den Kanzler. Daraus leitete Erhard schließlich seinen Anspruch auf die Nachfolge Adenauers ab und erhielt im Zenit seiner Popularität breiten Zuspruch aus den Reihen der CDU und CSU. Adenauer sträubte sich bis zuletzt, wenn auch vergeblich, Erhard als seinen Nachfolger zu benennen, weil er an dessen Fähigkeiten erhebliche Zweifel hatte. Tatsächlich war Erhards außenpolitische Vorgehensweise mitunter erschreckend naiv. Dass er 1963 Kanzler wurde, verdankte er weitgehend seiner Volkstümlichkeit, die ihn als erfolgreichen Wirtschaftsminister so populär machte. Doch gerade diese Volkstümlichkeit wurde ihm als Kanzler zum Verhängnis und immer mehr als Führungsschwäche interpretiert. Außenpolitisch bestimmte Gerhard Schröder die Richtlinien. Innenpolitisch stieß seine These der „*formierten Gesellschaft*“ auf wachsende Kritik. Im Wesentlichen ging es dabei um eine Gesellschaftsform, in der nicht die verschiedenen Interessengruppen gegeneinander kämpfen, sondern harmonisch und frei jeglichen autoritären Zwangs miteinander wirken sollten. Fraglich blieb dabei aber, ob sich eine solche Gesellschaftsform überhaupt etablieren ließe.

Zur offenkundigen Führungsschwäche gesellte sich nun auch eine gewisse Lähmung, die politischen und wirtschaftlichen Probleme zu lösen. Solange die Wirtschaft boomte und Erhards Konzept Erfolg hatte, war er in der Partei und bei der Bevölkerung äußerst populär. Doch auf die nun offenkundige wirtschaftliche Umkehrungstendenz wusste auch er keine Antwort. Ein zukunftsorientiertes Konzept war von diesem Kanzler und seiner Regierung nicht mehr zu erwarten.

3. Die Große Koalition

3.1. Im Umbruch 1966 -1969 (Übersicht)

- 01.12.1966:** Kurt-Georg Kiesinger wird Kanzler einer Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD.
- 19.04.1967:** Konrad Adenauer stirbt im Alter von 91 Jahren.
- 11.05.1967:** DDR-Ministerpräsident Stoph schlägt Verhandlungen über die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten vor.
- 27.05. - 04.06.1967:** Schwere Ausschreitungen beim Staatsbesuch des Schahs von Persien.
- 01.01.1968:** Einführung der Mehrwertsteuer.
- 31.01.1968:** Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Jugoslawien.
- 11. - 17.04.1968:** Schwere Ausschreitungen nach einem Attentat auf Rudi Dutschke.
- 05.03.1969:** Gustav Heinemann (SPD) wird zum Bundespräsidenten gewählt.
- 28.09.1969:** Bei den Wahlen zum 6. Deutschen Bundestag wird ein Bündnis aus SPD und FDP möglich.

3.2. Das schwierige Bündnis

Nach dem Scheitern der Regierung Erhard wurde am 1. Dezember 1966 Kurt-Georg Kiesinger zum Bundeskanzler gewählt. Mit dieser Wahl wurde nicht nur ein bloßer Wechsel des Regierungschefs vollzogen, sondern auch die politischen Machtverhältnisse änderten sich. Zwar stellte die CDU weiterhin den Kanzler, doch erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik wurde nun die SPD an der Regierungskoalition beteiligt. Allerdings hatte schon Konrad Adenauer bei der Regierungsbildung im Jahr 1961 Kontakt mit der SPD aufgenommen, um eine Verlängerung seiner Kanzlerschaft zu erreichen. Im Gegensatz zur FDP, die einen Wahlkampf mit dem Slogan: „*Mit der CDU, aber ohne Adenauer*“ geführt hatte, waren die Sozialdemokraten damals bereit, ihn nochmals für vier Jahre zum Kanzler zu wählen. Obwohl über ein Jahrzehnt den Anfeindungen Adenauers und der CDU ausgesetzt, war der Wille zur Macht am Ende doch größer, zumal die Gegensätze zwischen den beiden Volksparteien spätestens nach der Verabschiedung des Godesberger Programms der SPD von 1959 deutlich geringer wurden. Doch war man in letzter Konsequenz auf beiden Seiten noch nicht dazu bereit, dieses Bündnis einzugehen.

1966 hatte sich die Situation jedoch zugunsten der SPD verändert. Allerdings war man sich in der Führungsspitze der Partei keineswegs über den künftigen Kurs einig. Während Brandt mittels eines Bündnisses mit der FDP an die Macht drängte, präferierte der Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner - wie bereits 1961 - eine Koalition mit der CDU. Wehner, der zu dieser Zeit wohl insgeheim der mächtigste Mann in der SPD war, konnte sich diesmal noch durchsetzen. Als Argument gegen ein Bündnis mit der FDP führte er vor allem deren mangelnde Standfestigkeit an, die sie nach dem kurzzeitigen Ausscheiden aus der Regierung 1956, vor allem aber durch ihr Umfallen bei der Wahl 1961 demonstriert hatte. Was mit der CDU geschah, konnte also auch der SPD widerfahren. Das fehlende Vertrauen in die FDP durfte daher auch als einer der Gründe für das Zustandekommen der Großen Koalition gewertet werden. Zugleich zeichnete sich aber schon eine Wende der politischen Machtverhältnisse ab. Allerdings darf diese Veränderung nicht gesondert gesehen werden. Auch im gesellschaftlichen Umfeld, vor allem in der jüngeren Generation, vollzog sich ein deutlicher Wandel.

In der Person des Kanzlers ließ sich dies in gewissem Sinne manifestieren. Kiesinger galt als belesen, intelligent und gebildet. Sein Regierungsstil akzentuierte sich mehr auf das

Repräsentieren und schon bald wurde Kritik an den endlosen Debatten im Kabinett und an seinem offensichtlich fehlendem Durchsetzungsvermögen laut.

Der Gegensatz der beiden Koalitionäre hätte nicht größer sein können. Die Union galt gemeinhin als Partei des Bewahrens, die SPD hingegen, vor allem bei den Jüngeren und Intellektuellen, als Reformpartei. Ihr wurde von Anfang an die größere Impulskraft innerhalb der Regierung zugetraut. Unter den prominenten Intellektuellen trat vor allem eine Gruppe um Günther Grass, der u. a. Siegfried Lenz, Günter Gaus, Arnulf Baring, Kurt Sontheimer und Heinz-Josef Varain angehörten, offen auf die Seite der SPD. An den Universitäten begannen die Studenten, sich kritisch mit der Gesellschaft auseinanderzusetzen und sich zunehmend von ihr zu distanzieren. Die herrschenden Verhältnisse wurden als reaktionär und spießbürgerlich bezeichnet. In der Tat war eine gewisse geistige Unbeweglichkeit eingetreten. Die Prioritäten der 50er-Jahre waren ganz auf Wiederaufbau und wirtschaftliches Wachstum gerichtet und ließen so wenig Raum für eine ausgeprägte geistige Kultur.

Nach dem Abschluss der Aufbauphase trat das Bedürfnis nach intellektueller Erneuerung in den Vordergrund. Die bisher konservativ ausgerichtete Politik bot dazu offensichtlich wenig Spielraum. Als Exponent dieser Politik galt die Springer-Presse, namentlich das Massenblatt *Bildzeitung*. Als am 11. April 1968 ein Attentat auf den SDS-Führer Rudi Dutschke verübt wurde, entlud sich eine Welle der Gewalt gegen den Verlag.

Bereits zur Jahreswende 1961/62 legte Rainer Barzel in einer Studie dar, dass die bisherige Politik kaum Zukunftschancen habe. 1967 war eine deutliche Polarisierung unter den Studenten auszumachen. Während der RCDS die Positionen der konservativen Politik vertrat, bekannte sich der SDS zu einer eher marxistisch geprägten Weltanschauung und gewann zunehmenden Einfluss auf den AstA. Hier entstand eine immer stärker werdende außerparlamentarische Opposition, die erstmals beim Schah-Besuch Ende Mai 1967 auch gewalttätig in Erscheinung trat. Anlässlich dieses Besuches kam es in Berlin zu heftigen Protestdemonstrationen, in deren Verlauf am 2. Juni der Student Benno Ohnesorg von der Polizei erschossen wurde. Dies war sozusagen das Signal für gewalttätige Ausschreitungen gegen den Springer-Verlag, der für das linksintellektuelle Lager der Inbegriff des Reaktionären war. Die Feindbilder polarisierten sich zunehmend. Während sich einerseits Linksintellektuelle und ein Teil der Studenten als Opfer sahen, bezichtigten diese nach dem Attentat auf Dutschke die Leser der Bildzeitung pauschal der geistigen Mittäterschaft, da der Attentäter Bachmann, ein Arbeiter, genau in dieses Klischee passte.

Die weitgehend vom SDS gesteuerten Proteste und Ausschreitungen wurden von diesem als Demonstration gegen das sog. „*Establishment*“ interpretiert. Hieraus bildete sich aber auch die Keimzelle der späteren RAF. Der Frankfurter Kaufhausbrand vom 2. April 1968 und die gewaltsamen Unruhen zu Ostern waren ernst zu nehmende Anzeichen für das Entstehen einer militanten Vereinigung. Ideologisch orientierte sich diese Bewegung an den kommunistischen Ideen Mao Tse Tungs und sahen in Che Guevara das Vorbild einer idealen Führerfigur.

Für die 1970 entstandene terroristische Vereinigung der RAF standen zunächst die Namen ihrer bekanntesten Mitglieder als Synonyme. Andreas Baader, Ulrike Meinhoff und Gudrun Ensslin brachten sich als „*Raader-Meinhoff-Bande*“ in die Schlagzeilen.

Aus dem anfänglich ideologischen Protest der APO entstand hier eine terroristische Vereinigung, deren Ziele rein äußerlich zwar Protest und Ablehnung, durch ihre Gewalttaten jedoch dazu geeignet schienen, den Staat in seinen Grundfesten zu erschüttern. Ihre Anschläge richteten sich in erster Linie gegen die Exponenten des sog. „*Establishment*“. Den Auftakt bildete 1973 die Entführung des Berliner CDU-Abgeordneten Peter Lorenz. Die Ermordung Generalbundesanwalts Bubak, Jürgen Pontos und des Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer sowie die Entführung der LH Landshut nach Mogadischu 1977 markierten den gewalttätigen Höhepunkt dieser terroristischen Vereinigung. Nach der erfolgreichen Befreiung der Geiseln der Landshut verübten einige der in Stuttgart-Stammheim Inhaftierten Selbstmord. Die RAF jedoch blieb weiterhin aktiv, arbeitete fortan aber weitgehend im Untergrund, bis sie sich schließlich im April 1998 auflöste.

Die Regierung versuchte zunächst, durch einen sog. Extremisten-Erlass vom 28. Januar 1972 Anhänger und Mitglieder radikaler Vereinigungen aus dem Staatsdienst zu entfernen, was sich jedoch als eine eher hilflose Geste erwies. Selbst das unnachgiebige Verhalten der Regierung Schmidt / Genscher gegen Ende der 70er-Jahre verhinderte zwar nicht, dass neue Gewalttaten verübt wurden, zeigte aber, dass die Bundesregierung entschlossen war, den Staat zu verteidigen.

Ideologisch hatte der Terrorismus der RAF neben verklärten kommunistischen Parolen einer maoistischen Richtung nur das Konzept offener Gewalt gegen den Staat. Ihr Ziel bestand in der Zermürbung des Staatswesens, nicht aber als echte Alternative zu diesem. Im Grunde blieb die RAF auf dem geistig-ideologischen Niveau der „68-er“, für die der Protest als solcher den Lebensinhalt bestimmte, ihm jedoch keine Perspektive bot.

Neben den gewalttätigen Ausschreitungen, war der Versuch, neue gesellschaftliche Ideale zu etablieren, eine andere Form des Protestes. Die Lehre des Marxismus, die Bildung von

Kommunen, heute WGs genannt, die offene Diskussion über politische und gesellschaftliche Verhältnisse, die Kritik darüber und auch der Versuch, neue sittliche Normen zu etablieren, so etwa die sexuelle Freizügigkeit, waren sichtbare Zeichen des Protestes.

Die antiautoritäre Erziehungsweise sollte als die bessere Alternative die bisherigen Methoden ablösen und scheiterte kläglich.

Am auffälligsten waren politische und programmatische Veränderung bei der SPD zu beobachten. Während die CDU weiterhin als Hüterin des Vorhandenen galt, entsprach die SPD eher dem Bild einer modernen Reformpartei. Ihr ehemaliger Ruf, eine reine Arbeiterpartei zu sein, hatte sich inzwischen längst gewandelt und der Anteil ihrer Mitglieder aus anderen gesellschaftlichen Schichten nahm stetig zu. Viele reformfreudige „68-er“ fanden in ihr eine politische Heimat.

Die Große Koalition war kein Zukunftsprojekt. Die außenpolitischen Diskrepanzen waren fast unüberwindbar. Zwar entspann sich zwischen Bundeskanzler Kiesinger und dem DDR-Ministerpräsidenten Stoph ein erster vorsichtiger Dialog, doch die CDU-Doktrin von der sog. DDR oder *Gänsefußchen-DDR* verhinderte eine Intensivierung des Dialogs. Immerhin war Kiesinger der erste Bundeskanzler, der ein Gesprächsangebot der DDR nicht generell ablehnte. Willy Brandt war indessen bereit, das Faktum DDR zu akzeptieren. Die Zündschnur für die große deutschlandpolitische Auseinandersetzung Anfang der 70er-Jahre war hier bereits gelegt. Während der SPD die Ostpolitik der Großen Koalition viel zu langsam ging, war der CDU das Tempo zu rasant. Besonders in der Frage nach Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zog sich ein tiefer Riss durch die Koalition. Hinzu kamen persönliche Animositäten zwischen Kiesinger und Brandt, die sich nie ganz verbergen ließen. Dass Brandt aus seiner Neigung, lieber eine Koalition mit der FDP eingehen zu wollen, keinen Hehl machte, vereinfachte die Situation nicht gerade. Je näher der Wahltag rückte, desto offensichtlicher wurden auch die wirtschaftspolitischen Gegensätze, die sich an den Grundsätzen Karl Schillers und Franz-Josef Strauß erkennen ließen.

Eine Fortführung dieser Koalition über den 28. September 1969 hinaus erschien immer unwahrscheinlicher.

4. Neue Wege

4.1. Die Zeit sozial-liberaler Koalitionen 1969 -1982 (Übersicht)

- 21.10.1969:** Willy Brandt wird Bundeskanzler.
- 28.10.1969:** Bundeskanzler Brandt kündigt das umfangreichste Reformprogramm in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik an. „*Mehr Demokratie wagen*“.
- 15.11.1969:** Erstes sowjetisches Gesprächsangebot an die Bundesregierung über einen Gewaltverzichtsvertrag.
- 25.11.1969:** Gesprächsangebot der Bundesregierung an Polen.
- 18.12.1969:** Ubricht schlägt Heinemann Gespräche über gleichberechtigte Beziehungen vor.
- 30.01.1970:** Beginn der Gespräche über einen Gewaltverzichtsvertrag in Moskau. (Bahr-Papier). Unterzeichnung des Vertrags am 12.08.
- 19.03.1970:** Willy Brandt reist zu Gesprächen mit Willy Stoph nach Erfurt.
- 21.05.1970:** Zweites Treffen Brandt - Stoph in Kassel.
- 07.12.1970:** Unterzeichnung des Warschauer Vertrages. Kniefall Brandts.
- 03.09.1971:** Rainer Barzel wird CDU-Vorsitzender und am 29.11. Kanzlerkandidat.
- 20.10.1971:** Willy Brandt wird der Friedensnobelpreis zuerkannt.

- 17.12.1971:** Unterzeichnung eines Transitabkommens für den Verkehr zwischen Westberlin und der Bundesrepublik.
- 28.01.1972:** Verabschiedung des sog. Extremisten- oder Radikalenerlasses.
- 23. -25.02.1972:** Bundestagsdebatte über die Ostverträge.
- 23.04.1972:** Die SPD/FDP-Koalition verliert die absolute Mehrheit im Bundestag.
- 27.04.1972:** Abstimmung über das konstruktive Misstrauensvotum gegen Willy Brandt. Barzel unterliegt.
- 28.04.1972:** Patt im Bundestag.
- 17.05.1972:** Die CDU/CSU-Opposition enthält sich nach schweren innerparteilichen Auseinandersetzungen bei der Schlussabstimmung über die Ostverträge der Stimme.
- 02.09.1972:** Anschlag auf die Unterkunft der israelischen Sportler mit Geiselnahme bei den Olympischen Spielen in München.
- 19.11.1972:** Neuwahlen zum 7. Deutschen Bundestag. Die SPD wird erstmals stärkste Fraktion.
- 14.12.1972:** Willy Brandt wird erneut zum Bundeskanzler gewählt.
- 31.05.1973:** Bummelstreik der deutschen Fluglotsen.
- 12.06.1973:** Helmut Kohl wird Bundesvorsitzender der CDU.
- 19.10.1973:** Beginn des Boykotts der Erdöl exportierenden Länder.
- 19.11.1973:** Verhängung eines Sonntagsfahrverbots wegen der Ölkrise.

- 24.04.1974:** Festnahme des persönlichen Referenten des Bundeskanzlers, Guillaume, wegen des Verdachts der Spionage für die DDR.
- 06.05.1974:** Rücktritt Willy Brandts.
- 15.05.1974:** Walter Scheel (FDP) wird Bundespräsident.
- 16.05.1974:** Helmut Schmidt wird zum Bundeskanzler gewählt.
- 30.07. - 01.08.1975:** KSZE-Gipfel in Helsinki.
- 15. - 17.11.1975:** Erster Weltwirtschaftsgipfel auf Schloss Rambouillet in Frankreich. Beginn der regelmäßigen Konsultationen.
- 19.02.1976:** Der Bundestag ratifiziert polnische Verträge.
- 03.10.1976:** Wahlen zum Deutschen Bundestag. Die Regierungskoalition aus SPD und FDP wird bestätigt.
- 05.05.1977:** Ludwig Erhard stirbt im Alter von 80 Jahren.
- 18.10.1977:** Befreiung der Geiseln in Mogadischu. Selbstmord der Terroristen Baader, Ensslin und Raspe.
- 19.10.1977:** Arbeitgeberpräsident Schleyer wird in Mühlhausen ermordet aufgefunden.
- 17.12.1978:** Drastische Erhöhung der Ölpreise durch die OPEC. Beginn der zweiten Ölkrise.
- 23.05.1979:** Karl Carstens (CDU) wird Bundespräsident.
- 07. - 10.06.1979:** Erste Direktwahl zum Europäischen Parlament.

- 15.05.1980:** Beschluss des Nationalen Olympischen Komitees zum Boykott der Spiele in Moskau wegen der sowjetischen Invasion in Afghanistan.
- 05.11.1980:** Der Bundestag wählt Helmut Schmidt erneut zum Bundeskanzler.
- 10.10.1981:** Massendemonstrationen der Friedensbewegung gegen den NATO-Doppelbeschluss.
- 11. - 13.12.1981:** Bundeskanzler Schmidt besucht die DDR..
- 05.02.1982:** Der Deutsche Bundestag spricht Helmut Schmidt das Vertrauen aus.
- 17.09.1982:** Bundeskanzler Schmidt bildet ein SPD-Minderheitskabinett.
- 01.10.1982:** Misstrauensvotum des Bundestages gegen Helmut Schmidt. Helmut Kohl wird Bundeskanzler

4.2. Machtwechsel: Das Wagnis einer sozial-liberalen Koalition

Bereits 1966 gab es erste Anzeichen für eine Veränderung der politischen Machtverhältnisse. Wenngleich sich Willy Brandt schon damals offen für ein Bündnis mit der FDP aussprach, kam dieses noch nicht zu Stande, doch je näher die Bundestagswahl 1969 rückte, um so offensichtlicher wurde die Tendenz dorthin.

Ein wesentliches Signal war die Wahl zum Bundespräsidenten, die in diesem Jahr anstand. Heinrich Lübke konnte nach zwei Amtsperioden nicht wieder gewählt werden. Die CDU nominierte Gerhard Schröder, die SPD Gustav Heinemann, der bis 1950 Innenminister und Mitglied der CDU war, bevor er aus Protest gegen die Wiederbewaffnungspläne Adenauers das Kabinett und später auch die Partei verließ.

Die Wahl zum Bundespräsidenten war deshalb so wichtig, weil sich aus dem Abstimmungsverhalten der FDP Signale für einen eventuellen Koalitionswechsel würden erkennen lassen.

Am 3. März 1969 wurde Heinemann mit 512:506 Stimmen im dritten Wahlgang zum Bundespräsidenten gewählt. Die FDP votierte als Opposition geschlossen für den SPD-Kandidaten und zeigte unter ihrem neuen Vorsitzenden, Walter Scheel, die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der SPD, geriet aber gleichzeitig in eine schwere Identitätskrise. Der Vorwurf des Umfallens, der ihr seit 1961 immer wieder gemacht wurde, lastete schwer auf ihr. Zwar war man jetzt in der Opposition, doch vermied man eine klare Koalitionsaussage. In der Tat war ein deutlicher Sieg der SPD nicht zwingend zu erwarten. Das hatte bereits die Abstimmung bei Heinemanns Wahl gezeigt. Ein deutlicher Vorsprung wurde weder für die CDU noch für die SPD erwartet. So vermied die FDP vor der Wahl ein offenes Eintreten für ein Zusammengehen mit der SPD. Bei einem Wahlsieg der CDU würde sie ja auch mit dieser koalieren können. Intern begann man allerdings sich auf eine Rückkehr in die Regierungsverantwortung an der Seite der SPD vorzubereiten.

Bei den Sozialdemokraten plädierte Herbert Wehner erneut für die Fortsetzung der Großen Koalition. Dies geschah nicht zwingend aus Überzeugung, sondern weil er ein Debakel bei der Kanzlerwahl befürchtete. Seine Angst war nicht unbegründet, denn innerhalb der Partei gab es auch Vorbehalte gegen Brandt, so dass er, im Falle eines knappen Wahlergebnisses, durchzufallen drohte. Eine solche Blamage hätte die SPD auf lange Zeit als Regierungspartei diskreditiert. Wehner fürchtete sich vor dem Wankelmut der Freien Demokraten, fügte sich aber letztlich den Gegebenheiten. Auch der SPD-Fraktionsvorsitzende im Deutschen

Bundestag, Helmut Schmidt, sprach sich offen gegen eine sozial-liberale Koalition aus. Seine schon damals geäußerten Vorbehalte gegen diese Partei sollten sich an seiner eigenen Person im Herbst 1982 bestätigen. 1966 hatte er allerdings noch einen für ihn persönlich wesentlicheren Grund. Er selbst hielt sich für den besseren Kanzlerkandidaten. Würde Willy Brandt Kanzler einer erfolgreichen Koalition aus SPD und FDP, wäre das Ziel Schmidts, ins Kanzleramt einzuziehen, beinahe aussichtslos, da zwischen beiden nur ein marginaler Altersunterschied bestand. Doch auch er fügte sich den Gegebenheiten und wartete auf seine Stunde.

Am 28. September 1969 fand die Bundestagswahl statt. Die CDU wurde wieder stärkste Fraktion und hätte ein mehrheitsfähiges Regierungsbündnis mit der FDP eingehen können. Doch es kam anders. Bundeskanzler Kiesinger und die CDU fühlten sich am Wahlabend als Sieger und waren bereit, der FDP, deren Stimmenanteil dramatisch gesunken war, die Koalition anzubieten. Als sich jedoch im Laufe des Wahlabends eine, wenn auch knappe Mehrheit für das sozial-liberale Bündnis abzeichnete, verkündete Willy Brandt nach Rücksprache mit Scheel seinen Regierungsanspruch.

Am 21. Oktober wurde Brandt mit nur 11 Stimmen Mehrheit zum Bundeskanzler gewählt. Die Knappheit dieses Ergebnisses sollte sich drei Jahre später als verhängnisvoll erweisen.

4.3. Eine neue Ostpolitik

Mit Beginn der Kanzlerschaft Brandts begann ein deutlich sichtbarer Wandel in der deutschen Politik. Schon in der Großen Koalition akzentuierte der Außenminister die Dialogaufnahme mit den östlichen Staaten. Die SPD konnte auch gegenüber der DDR freier auftreten, da sie von keiner Hallstein-Doktrin behindert wurde. Sie neigte eher dazu, den einmal vorhandenen Status quo zweier deutscher Staaten hinzunehmen, wenngleich man eine solche Hinnahme nicht mit einer völkerrechtlichen Akzeptanz etwa einer DDR-Staatsbürgerschaft verwechseln durfte. Allerdings trifft es zu, dass mit zunehmender Dauer der Existenz der DDR eine solche Bereitschaft enorm zunahm. Besonders signifikant war diese Haltung in der Diskussion um die Wiedervereinigung. Hier bevorzugte die SPD eindeutig die Zwei-Staaten-Lösung. Im Herbst 1969 war man davon allerdings noch weit entfernt. Man war angetreten, um der von der Union aus ideologischen Gründen nur sehr verhalten betriebenen Ostpolitik neue Impulse zu geben. Insgesamt hatte sich die außenpolitische Großwetterlage verändert. Schon zu Beginn der 60er-Jahre wurde ein militärisches Patt zwischen den USA und der UdSSR deutlich. Beide Supermächte mussten erkennen, dass ein Krieg die Vernichtung beider zu

Folge hätte. Eine Änderung der Verhältnisse in Europa und in Deutschland stand daher nicht mehr auf der Tagesordnung. Die Regierungen unter Adenauer und Erhard, aber auch die der Großen Koalition hatten eine Veränderung in ihren Regierungsprogrammen festgeschrieben. Der Bau der Mauer in Berlin hatte verdeutlicht, dass auch die USA nicht mehr bereit waren, für die deutsche Frage einen Krieg zu riskieren. Die Sowjetunion sah ihrerseits in der DDR ihre vorderste westliche Bastion, die aufzugeben sie nicht bereit war. Auch die USA akzeptierten diesen Zustand stillschweigend. Mit Beginn des Vietnam-Krieges wurde das gnadenlose Wettrüsten deutlich sichtbar. Eine Annäherung beider Mächte schien auf lange Sicht undenkbar. Auch dies trug zum allgemeinen Bild des Stillstands der Ost-West-Politik Mitte der 60er-Jahre bei.

Mit der Zerschlagung des sog. „Prager Frühlings“ im Sommer 1968 zeigte sich aber auch, dass die Sowjetunion fest entschlossen war, ihre Satellitenstaaten notfalls auch mit Waffengewalt unter ihrer Herrschaft zu behalten. Als besonders treu erwiesen sich hierbei die Truppen der DDR.

Für jede Bundesregierung musste daher klar werden, dass ein Ablehnen oder Leugnen zweier deutscher Teilstaaten nicht länger praktikabel sein konnte.

Bereits vor der Bundestagswahl signalisierte vor allem die Sowjetunion, dass sie bereit wäre, mit einer sozial-liberalen Koalition über neue Wege in der Ost-West-Politik zu verhandeln. Die Kenntnis dieser Position darf deswegen auch als einer der Gründe für das Bündnis aus SPD und FDP gesehen werden.

Bereits im Dezember begannen die Sondierungen für die Erneuerung des deutsch-sowjetischen Dialogs, doch die Gesprächsbereitschaft Moskaus löste in Ostberlin erhebliche Unruhe aus, da man fürchtete, dass es zu einer Einigung über die DDR kommen könnte. Gegen alle offiziellen Verlautbarungen wusste der SED-Führungszirkel, dass der Klassenfeind über verlockendere Angebote in Form von finanzieller und wirtschaftlicher Hilfe verfügte. Ulbricht hatte es daher plötzlich eilig, seinerseits mit der neuen Bundesregierung ins Gespräch zu kommen und möglichst bald einen gleichberechtigten Platz neben der Bundesrepublik einnehmen zu können.

Die Treffen von Erfurt und Kassel im März bzw. Mai 1970 waren jedoch mehr Gesten des guten Willens, substantiell bewegten sie nichts.

Dagegen wurde am 12. August 1970 in Moskau ein umfassender Gewaltverzichtsvertrag unterzeichnet.

Mit seiner Reise nach Warschau dokumentierte Brandt seine Aussöhnungsbereitschaft mit Polen.

Wie kontrovers diese Ostpolitik zwischen Regierung und Opposition diskutiert wurde, zeigten die Ereignisse des Frühjahrs 1972. Die CDU, stärker noch die CSU, sah besonders in den Verträgen mit Polen eine Unterminierung deutscher Grundsatzpolitik, nach der die Oder-Neiße-Linie nicht als endgültige Grenze zu Polen zur Disposition stand. Dies geschah einerseits aus Rücksichtnahme auf die mächtigen Vertriebenenverbände, die vor allem in Bayern starken Einfluss hatten und ein nicht unerhebliches Wählerpotenzial bildeten. Andererseits wollte die Opposition auch die Vorläufigkeit dieser Grenze deutlich machen, die ja erst nach Abschluss eines Friedensvertrages endgültig festgelegt werden sollte. Einen solchen Vertrag gab es jedoch noch nicht.

Jetzt wurde evident, auf welchem dünnem Eis die Koalition stand. Durch Parteiaustritte und Überläufe zur Union verlor die Koalition zunächst am 23.04.1972 die absolute Mehrheit der Stimmen. Am 28.04. entstand schließlich eine Patt-Situation.

Die Opposition erkannte darin ihre Chance, die Bundesregierung zu stürzen, die Ostverträge zu verhindern und beschloss, das Konstruktive Misstrauensvotum gemäß Art 67 GG gegen Kanzler Brandt einzubringen. Der Oppositionsführer der Union, Rainer Barzel, benötigte 249 Stimmen, um selbst Kanzler zu werden und eine neue Regierung zu bilden. Das Ziel war zum Greifen nah. Innerhalb der Regierungskoalition herrschte Agonie, denn man sah das sozial-liberale Experiment bereits als gescheitert. Doch es kam anders. Am 27.04. kam es zur Abstimmung, in deren Verlauf sich Barzel schon als neuen Kanzler sah. Doch die sicher geglaubte Mehrheit wurde nicht erreicht. Am Ende fehlten ganze zwei Stimmen zur Kanzlermehrheit. Man weiß heute, dass zwei SPD-Abgeordnete bestochen wurden, einer davon vom Geheimdienst der DDR. Ein Verlust der SPD-Regierungsmehrheit hätte nämlich die Pläne der Ostberliner Führung nach gleichberechtigter Anerkennung durchkreuzt.

Die Patt-Situation führte schließlich zu Neuwahlen am 19.11.1972, bei der die Regierung Brandt-Scheel eindrucksvoll bestätigt wurde. Die SPD wurde erstmals sogar stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag. Willy Brandt wurde am 14.12.1972 erneut zum Bundeskanzler gewählt. Doch war dies bereits der Anfang vom Ende. Knapp eineinhalb Jahre später trat Brandt im Zuge der Spionageaffäre um seinen Referenten, des Stasi-Agenten Günter Guillaume, zurück.

4.4. Innenpolitik

Auch im Inneren wollte man „*mehr Demokratie wagen*“. Aufgrund der Erfahrungen, die man aus den Studentenunruhen gewonnen hatte, sollte ein konstruktiver Dialog mit der Jugend entstehen. Es ist eine besondere Tragik, dass gerade die sozial-liberalen Koalitionen unter Brandt und Schmidt in dieser Hinsicht die schlimmsten Krisen erlebten. Im Mai 1970 befreite Ulrike Meinoff den Kaufhausbrandstifter Andreas Baader, mit dem sie, neben anderen, die Rote Armee Fraktion (RAF) gründete. Nach zahlreichen Anschlägen gelang es der Polizei im Laufe des Jahres 1972, die führenden Köpfe der RAF zu verhaften, unter ihnen Baader, Meinhoff, Raspe, Meins und Ensslin. Da sich die RAF offen zur gewaltsamen Bekämpfung des Staates bekannte, verabschiedete der Bundestag am 28.01.1972 den sog. Radikalen- oder Extremisten-Erlass, der allen Mitgliedern radikaler Parteien und Gruppierungen Tätigkeiten im Öffentlichen Dienst verbot. Dies war ein eher bescheidener Versuch, extremistischen Tendenzen entgegen zu steuern. Auch die Verabschiedung des Anti-Terror-Gesetzes im Juni 1976, das bei der Bildung einer terroristischen Vereinigung bereits einen Straftatbestand erfüllt sah, konnte weitere Anschläge nicht verhindern, die einen ihrer tragischen Höhepunkte in der Entführung und Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer fanden, nachdem Baader, Raspe und Ensslin im April 1977 zu lebenslanger Haft verurteilt wurden. Nach der missglückten Entführung einer Lufthansa-Maschine nach Mogadischu verübten Baader, Ensslin und Raspe in Stuttgart-Stammheim Selbstmord. Auch ein von der Regierung erlassenes Kontaktsperregesetz konnte die geheime Kommunikation zwischen den Inhaftierten und der Außenwelt nicht verhindern. Besonders die Regierung Schmidt sah sich massiv mit dem Terrorismus-Problem konfrontiert. Die unnachgiebige Haltung der Bundesregierung bei der Forderung nach Freilassung der Inhaftierten sollte explizit deutlich machen, dass sich der Staat nicht erpressen lasse. Tatsächlich stieß der Terrorismus hierbei an seine Grenzen. Wenngleich in den 80er und 90er-Jahren noch weitere Anschläge verübt wurden, stellten die Ereignisse im Herbst 1977 zweifellos einen Höhepunkt, jedoch auch zugleich eine Zäsur dar, denn nun begann ein sehr langsamer Zerfallsprozess der RAF.

Doch nicht nur der Terrorismus von innen erschütterte die Bundesrepublik. Zunehmend begannen auch ausländische Terrorgruppen das Land heimzusuchen. Besonders der Anschlag palästinensischer Terroristen auf die Mannschaft Israels bei den Olympischen Spielen in München im September 1972 machte die äußerste Brutalität und Härte des Vorgehens

deutlich. Zwar verhandelte Innenminister Genscher mit den Terroristen und ging auf deren Forderungen ein, doch als die Polizei das Feuer auf dem Flughafen Fürstenfeldbruck eröffnete, zündeten die Terroristen Handgranaten und sprengten sich und neun Geiseln in die Luft. Diese Ereignisse führten in der Konsequenz zum Aufbau einer Anti-Terror-Einheit, die die Geiseln in Mogadischu erfolgreich befreite und unter dem Namen GSG 9 berühmt wurde.

Wenngleich die sozial-liberale Koalition unter Brandt wesentlichen Anteil am Aufbau einer Ostpolitik hatte, die von seinen Nachfolgern Schmidt und Kohl weitergeführt wurde, scheiterte sie letztlich an innenpolitischen Problemen. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik streikten am 31. Mai 1973 die Fluglotsen.

Als am 19.10. die Erdöl exportierenden Länder (OPEC) damit begannen, die Fördermengen zu drosseln und westliche Industrieländer, darunter die Bundesrepublik, zu boykottieren, zeigte sich, wie weit man bereits von diesen Rohstofflieferungen abhängig geworden war. Im November und Dezember 1973 erlebte die Bundesrepublik ein einmaliges Schauspiel. Für die vier Adventssonntage wurde ein generelles Kfz-Fahrverbot und erstmals auch ein Tempolimit auf Autobahnen und Landstraßen erlassen. Die Inflationsrate, die im Mai bereits ein Nachkriegshoch von 6,9 % erreichte, stieg weiter an. Die Regierung schien zunehmend hilf- und kraftlos.

Der Rücktritt Willy Brandts am 6. Mai 1974 wurde zwar durch die Spionageaffäre um Guillaume forciert, jedoch war diese nur der vordergründige Anlass. Partei-intern hatten Wehner und Schmidt schon lange darauf gewartet. Für Schmidt, der sich ja von Anfang an für den besseren Kanzler hielt, war nun der eigene Weg ins Kanzleramt frei. Am 16. Mai 1974 wählte der Bundestag Helmut Schmidt zum Bundeskanzler. Wie kein anderer vor ihm verkörperte er die Darstellung der Politik. Seinen Ruf als „Schmidt-Schnauze“ hatte er schon in den 60er-Jahren erhalten. Darin kam die oftmals bissige und herablassende Polemik seiner Reden zum Ausdruck- Aufsehen erregte er vor allem als Hamburger Innensenator bei der Bewältigung der großen Sturmflutkatastrophe von 1962. Seither galt er als *der* politische Manager. Auch als Bundeskanzler behielt er diese Charakteristika bei. Besonders in der Krise, die durch den Terrorismus ausgelöst wurde, entsprach er ganz dem typischen Bild eines Managers, was ihm den Beinamen „*der Macher*“ eintrug.

Im Gegensatz zu seinen Vorgängern war er nicht nur der Kanzler, sondern stellte ihn auch dar.

Adenauer und Brandt, erreichten die Westintegration bzw. eine Annäherung an den Osten. Helmut Schmidt trat als der Bewahrer des Erreichten auf und konnte von diesen Erfolgen profitieren.

Ansonsten hatte Schmidt mit den Problemen zu kämpfen, an denen sein Vorgänger gescheitert war. Die Ölkrise im Winter 1974 führte der Welt die Abhängigkeit der Industrienationen in erschreckender Weise vor Augen. Durch die drastische Drosselung der Ölförderung stagnierte die Wirtschaft weltweit. Die Inflationsraten erreichten ihre Höchststände seit dem zweiten Weltkrieg. Mit einer Teuerungsrate von beinahe zehn Prozent kam die Bundesrepublik zwar noch einigermaßen glimpflich davon, doch erstmals begann die Arbeitslosigkeit deutlich zu steigen. Gegen Ende der sozial-liberalen Koalition waren es im Jahr 1982 mehr als zwei Millionen Menschen.

Inflation und wirtschaftliche Krisen waren national aber nicht mehr zu bewältigen. Gemeinsam mit dem französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing entwickelte Schmidt die Idee jährlicher Konsultationen der Staats- und Regierungschefs der führenden Wirtschaftsnationen. Erstmals trafen sich diese vom 15. - 17. November 1975 auf Schloss Rambouillet bei Paris. Man beschloss eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit, die gemeinsame Bekämpfung der Inflation und Entwicklung von Energiesparprogrammen.

Da der Dollar aufgrund der anhaltenden Krise seine Position als Leitwährung zu verlieren drohte, beschlossen Schmidt und d'Estaing ferner die Schaffung eines Europäischen Währungssystems (EWS). Der ECU als Verrechnungseinheit kann daher als Urform des Euro betrachtet werden. Dies war der Versuch, ein stärkeres europäisches Gegengewicht zum Dollar zu schaffen und eine von diesem unabhängige Geldpolitik betreiben zu können. Dennoch ging die Talfahrt der Wirtschaftskrise weiter. Am 12. Dezember 1978 kündigte die OPEC eine erneute drastische Erhöhung des Ölpreises an. Da alle bisher ergriffenen Maßnahmen wenig erfolgreich waren, kam es zu immer neuen Differenzen vor allem in der EG. Zu Beginn der 80er-Jahre war diese so uneins, dass sie fast vor ihrer Auflösung stand. Die Tendenzen zeigten eher in die Richtung nationaler Eigenständigkeiten, nicht aber auf eine Europäische Union. Daran änderte die erste Direktwahl zum Europäischen Parlament im Juni 1979 nichts.

Obwohl sich Schmidt in der Rolle des Weltökonomens gefiel, war er alleine am Ende recht machtlos. Seine ständigen Belehrungen anderer Staats- und Regierungschefs trugen ihm sehr bald den Ruf eines *arroganten Oberlehrers* ein.

In der Außenpolitik stand Schmidt in der Tradition seines Vorgängers, ging aber andere Wege als dieser. Wenngleich unter seiner Regierung zahlreiche Abkommen mit der DDR, der Sowjetunion, mit Polen und anderen Ostblockstaaten getroffen wurden, lehnte sich Schmidt wieder enger an Frankreich, was sicherlich durch seine persönliche Freundschaft zu Staatspräsident Giscard d'Estaing begünstigt wurde.

Doch neben den globalen wirtschaftlichen Problemen spielte die Rüstungspolitik der beiden Supermächte eine bedeutende Rolle. Das gegenseitige Wettrüsten verschlang Unsummen und belastete die Staatskassen auf beiden Seiten sehr. In der Bundesrepublik kam es zu harten Kontroversen, als die USA beabsichtigten, neue atomare Mittelstreckenraketen (Pershing II) als Antwort auf die auf Europa gerichteten sowjetischen SS 20 Raketen stationieren zu wollen. Die Friedensbewegung, die als der pazifistische Teil aus der „68er“-Bewegung hervorgegangen war, rief zu Blockaden amerikanischer Militäreinrichtungen und zu Demonstrationen gegen die Rüstungspolitik auf. Die Idee der Friedensbewegung, auf die Herstellung und Verwendung jeglicher Waffen zu verzichten, war jedoch nicht neu. Schon Anfang der 50er-Jahre gab es pazifistische Strömungen, die für einen völligen Verzicht und strikte Neutralität eintraten. Besonders der spätere Bundespräsident Heinemann und mit ihm weite Teile des Rates der Evangelischen Kirche (EKD) befürworteten nachhaltig solche Bestrebungen. Der Unterschied zur Friedensbewegung in den 70er und frühen 80er-Jahre war allerdings, dass sie in den 50er-Jahren auf Deutschland beschränkt blieb.

Während die Proteste der 50er-Jahre vergleichsweise harmlos waren und den echten Charakter von Demonstrationen hatten, kam es Anfang der 80er auch zu massiven gewalttätigen Auseinandersetzungen. Die Zeiten der fast selbtherrlichen Entscheidungen im Stil Adenauers waren endgültig vorüber.

Ebenfalls Ende der 70er-Jahre geriet das Parteiensystem der Bundesrepublik in Bewegung. Hervorgerufen durch die Friedensbewegung und durch ein stetig wachsendes allgemeines Umweltbewusstsein, begann sich allmählich eine Ökologiebewegung zu etablieren, die seither in der politischen Landschaft eine mehr oder weniger bedeutende Rolle spielt. Die Partei der GRÜNEN, die in den 80er-Jahren einen enormen Zulauf erfuhr, wurde am Anfang als Sammelbecken ideologischer Außenseiter verkannt. Tatsächlich aber hatten die etablierten Parteien eine Umweltpolitik, sofern es sie überhaupt gab, zugunsten des wirtschaftlichen Wachstums eher nachlässig behandelt. Wie wichtig aber eine solche Politik zu sein schien, wurde an den immer sichtbarer werdenden Umweltschäden erschreckend deutlich. Das

Streben nach wirtschaftlichem Wachstum und einer hohen Beschäftigungsrate genügten fortan nicht mehr für eine erfolgreiche Politik.

Als sich die Jugend Ende der 60er-Jahre der SPD zuwandte, erhoffte sie sich eine neue, modernere und offenere Politik. „*Mehr Demokratie wagen*“, das Leitwort aus Brandts erster Regierungserklärung wurde seinen Ansprüchen nicht gerecht. Auch die SPD musste erkennen, dass man die vorgegebene allgemeine Richtung nicht ohne weiteres verlassen konnte. Ein Phänomen, mit dem auch die GRÜNEN seit 1998 zu kämpfen haben. Auch sie waren mit hoch gesteckten Zielen als links orientierte Protestpartei angetreten. Im Bereich des Umweltschutzes, des Atomausstiegs und Pazifismus ließen sich kühne Thesen propagieren, die sie in der Wählergunst immer höher steigen ließen. Als Oppositionspartei war dies relativ einfach. Seit 1998 ist sie nun erstmals auf Bundesebene an der Regierung beteiligt. Bereits nach wenigen Wochen zeichnete sich deutlich ab, dass die Realisierung ihrer Vorhaben nur schwer oder kaum umsetzbar sein würde. Die Wähler quittierten dies und die Partei musste bei den meisten der bisherigen Landtagswahlen drastische Einbußen hinnehmen, die sie zeitweise in ernsthafte Existenznöte brachte. Dass sie dann bei der Bundestagswahl 2002 wieder vor der FDP die drittstärkste Kraft wurde, lag im Wesentlichen daran, dass viele Wähler zwar Gerhard Schröder wieder als Kanzler sehen, nicht aber der SPD ihre Stimme geben wollten.

Schon 1980 waren deutliche Risse im Bündnis zwischen SPD und FDP erkennbar. Dass sie die Bundestagswahl dennoch gewann, lag größtenteils auch am Kandidaten der Union. Nachdem Helmut Kohl 1976, trotz deutlicher Stimmengewinne, sein Ziel, Kanzler zu werden, nicht erreichte, sah der CSU-Vorsitzende Franz-Josef-Strauß seine Stunde gekommen. Strauß hatte seine Popularität aber offensichtlich überschätzt. Helmut Schmidt galt spätestens seit 1977 als der „*Macher*“, der die anstehenden Krisen zu managen verstand. In der Bevölkerung genoss er im Gegensatz zu seinem Herausforderer ein hohes Ansehen. Dass er dennoch scheiterte, lag nicht an den Wählern und nicht ausschließlich an der FDP, die seit 1981 offen von der Wende sprach. Helmut Schmidt hatte es versäumt, auch den Parteivorsitz zu ergreifen. Parteivorsitzender war aber Willy Brandt, den Schmidt 1974 mit stürzen half.

Als es 1981 um die atomare Nachrüstung ging, versagten die Partei und ihr Vorsitzender dem Kanzler die Gefolgschaft. Dass die FDP daraufhin von einer *Wende* sprach, war daher nur die Folge aus dieser Entwicklung.

Anfang 1982 zog Schmidt die Konsequenz. Am 05. Februar stellte er im Parlament die Vertrauensfrage nach Art. 68 GG, um in erster Linie seine eigene Partei hinter sich zu zwingen. Zähneknirschend folgte man ihm. Noch. Bereits ein halbes Jahr später war die Regierungszeit der SPD nach 13 Jahren vorerst vorbei und sollte es 16 Jahre lang bleiben.

Anlass, nicht der Grund, war der Haushalt 1982. Nun war es die FDP, die ihm größtenteils die Gefolgschaft versagte, nachdem sie sich bereits insgeheim mit der CDU auf eine neue Koalition geeinigt hatte. Aber auch die SPD tat nichts, um den in den eigenen Reihen immer unbequemer werdenden Schmidt zu stützen.

Das, was Rainer Barzel zehn Jahre zuvor misslang, gelang nun Helmut Kohl. Nachdem die FDP am 17. September ihre Minister aus dem Kabinett zurückgezogen hatte, beantragte die CDU am 01. Oktober 1982 das Konstruktive Misstrauensvotum nach Art. 67 GG. Diesmal fand der Antrag eine Mehrheit und Helmut Kohl wurde Bundeskanzler.

5. Zeitenwende

5.1. Die Ära Kohl 1982- 1998 (Übersicht)

- 01.10.1982:** Helmut Kohl wird Bundeskanzler.
- 06.03.1983:** Bundestagswahl. Bestätigung der Koalition aus CDU/CSU und FDP.
- 29.06.1983:** Franz-Josef Strauß vermittelt den ersten Milliardenkredit für die DDR.
- 22.11.1983:** Der Bundestag stimmt der Stationierung amerikanischer atomarer Mittelstreckenraketen zu.
- 25.07.1984:** Zweiter Milliardenkredit für die DDR.
- 02./03.05.1985:** Elfter Weltwirtschaftsgipfel in Bonn.
- 25.04.1986:** Das Reaktorunglück in Tschernobyl löst heftige Protestaktionen in der Bundesrepublik aus.
- 16.10.1986:** Die Bundesrepublik wird für zwei Jahre in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gewählt.
- 25.01.1987:** Bundestagswahl. Fortsetzung der Koalition aus CDU/CSU und FDP.
- 28.05.1987:** Der 19-jährige Michael Rust landet mit einer Cessna auf dem Roten Platz in Moskau.
- 12.06.1987:** US-Präsident Ronald Reagan fordert in Westberlin die Öffnung der Mauer.
- 07. - 09.11.1987:** Staatsbesuch Erich Honeckers in Bonn.
- Juli 1989:** DDR-Bürger fliehen aus Ungarn. Beginn massiver Fluchtbewegung aus der DDR.
- 09.11.1989:** Öffnung der Berliner Mauer und der Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR.
- 28.11.1989:** Bundeskanzler Kohl legt ein Zehnpunkte-Programm zum Zusammenschluss beider deutscher Staaten vor.
- 19.12.1989:** Bundeskanzler Kohl und DDR-Ministerpräsident Modrow verabreden in Dresden eine Vertragsgemeinschaft.
- 10./11.02.1990:** Kohl und Genscher in Moskau. Gorbatschow stimmt der Wiedervereinigung Deutschlands zu.

- 05.05.1990:** Beginn der 2 + 4-Verhandlungen zwischen den Vier Mächten und den beiden deutschen Staaten.
- 31.08.1990:** Unterzeichnung des Einigungsvertrages zwischen der Bundesrepublik und der DDR.
- 03.10.1990:** Wiedervereinigung Deutschlands durch den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik.
- 02.12.1990:** Erste gesamtdeutsche Bundestagswahl. Helmut Kohl bleibt Kanzler.
- Dez. 1991:** Die EG einigt sich in Maastricht auf die Bildung einer Europäischen Union. Wichtigste Initiatoren sind Bundeskanzler Kohl und Frankreichs Staatspräsident Mitterrand.
- 01.11.1993:** Der Vertrag von Maastricht tritt in Kraft.
- 17.10.1994:** Bundestagswahl. CDU und FDP können Mehrheit knapp behaupten. Helmut Kohl bleibt weiterhin Kanzler.
- 02.10.1997:** Der Vertrag von Amsterdam regelt die endgültigen EU-Beitrittsverhandlungen.
- 02.05.1998:** Der EU-Gipfel in Brüssel wählt die Gründungsmitglieder für die WWU aus, darunter auch Deutschland.
- 01.07.1998:** Johannes Rau (SPD) tritt das Amt des Bundespräsidenten an. Das Ende der Ära Kohl zeichnet sich ab.
- 27.10.1998:** Bundestagswahl: Die SPD gewinnt und kündigt eine Koalition mit den GRÜNEN an. Helmut Kohl tritt als Kanzler und CDU-Vorsitzender zurück.

5.2. Die längste Ära

Mit dem Sturz Helmut Schmidts wählte der Deutsche Bundestag den bisherigen Oppositionsführer, Helmut Kohl, zum Bundeskanzler. Damit war zwar ein neuer Regierungschef gewählt, der ein neues Kabinett bildete, die Legitimation durch die Wähler fehlte jedoch noch. Die verärgerten Sozialdemokraten bestanden auf rasche Neuwahlen, da sie davon ausgingen, dass der „Verrat“ in Bonn der FDP dieser zum Verhängnis werden würde. Meinungsumfragen bestätigten die Richtigkeit dieser Vermutung, denn der Reputationsverlust der Freien Demokraten war erheblich.

Selbst ein Teil der eigenen Mitglieder zweifelte an der Richtigkeit der Entscheidung, wieder ein Bündnis mit der CDU einzugehen und dafür die Koalition mit der SPD zu verlassen. Zweifellos wären rasche Neuwahlen zum Bundestag für die FDP verheerend gewesen. Die SPD erhielt bei ihrer Forderung überraschend Unterstützung aus der Union. Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß plädierte ebenfalls für rasche Neuwahlen. Auch er hatte ein starkes Interesse am Scheitern der FDP. In diesem Falle wäre die neue Koalition gescheitert und Kohl als Kanzler nicht haltbar gewesen. Würde die Union stärkste Fraktion, wovon er ausging, würde sie auch den Kanzler stellen und dieser sollte dann Franz-Josef Strauß heißen. Aber auch andere prominente CDU-Vertreter hofften auf ihre Chance. So der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg oder Niedersachsens Regierungschef Ernst Albrecht. 1982 war Helmut Kohl noch nicht der unumstrittene Kanzler und Parteiführer. Aber es kam ganz anders. Am 6. März 1983 wurde die neue Koalition vom Wähler legitimiert. Damit war ein durch das Grundgesetz zugelassener Regierungswechsel nachträglich durch Wahlen bestätigt worden.

Ähnlich wie 1969 Willy Brandt sprach auch Kohl von Erneuerung. Die geistig-moralische Wende sollte neue Impulskraft geben. Bei einer nach wie vor hohen Arbeitslosenzahl und Inflationsrate fehlte es nicht an Handlungsbedarf.

Außenpolitisch hatte sich die CDU längst von ihren alten Positionen gelöst. Allerdings waren keine spektakulären Schritte wie unter Adenauer und Brandt mehr zu erwarten, Die Teilung Deutschlands schien noch auf lange Sicht Bestand zu haben, die Beziehungen zu den östlichen Nachbarn hatten sich weitgehend normalisiert, die Europäische Gemeinschaft war Anfang der 80er-Jahre von einer wirklichen Union noch unendlich weit entfernt und neigte eher dazu, sich aufzulösen. Die wirklich große Politik wurde in dieser Zeit nicht in

Deutschland gemacht. Die Bundesrepublik wie die DDR waren jeweils von den politischen Entscheidungen der beiden Supermächte betroffen. Die Stationierung von SS 20 Raketen ging auf russischer Seite weiter. Auch der Bundestag stimmte im November 1983 der Stationierung amerikanischer Pershing II Raketen zu. Hierauf kam es zu Massendemonstrationen der Friedensbewegung und gewalttätigen Anschlägen auf amerikanische Militäreinrichtungen.

Hinter den Kulissen wurden inoffizielle Gespräche zwischen den beiden deutschen Staaten geführt. Nur wenige wussten, dass die DDR finanziell am Ende war. Zwar kassierte sie seit fast zwei Jahrzehnten Milliardenbeträge für sog. *humanitäre Erleichterungen*, doch was mit diesem Geld wirklich geschah, sollte erst nach dem Exodus des Staates allmählich ans Tageslicht geraten. 1983 aber war die Rüstung in den USA und der Sowjetunion in eine bis dahin nicht gekannte Höhe gestiegen.

Schon aus Prestige Gründen hätte der Kreml ein Zusammenbrechen der DDR nicht zugelassen. Eine Wiedervereinigung Deutschlands stand auf beiden Seiten des „*Eisernen Vorhangs*“ nicht auf der Tagesordnung.

Auch die Regierung Kohl musste sich den Gegebenheiten fügen. Die Beziehungen zwischen beiden Teilen Deutschlands waren zu Beginn der 80er-Jahre stark abgekühlt. Bereits 1980 hatte die DDR den Pflichtumtauschsatz pro Person und Tag von 13 DM auf 25 DM nahezu verdoppelt. Um das Klima nicht noch weiter zu belasten und auf Erleichterungen im Transitverkehr hoffend, leistete die Bundesregierung im Juni 1983 und Juli 1984 finanzielle Sanierungshilfen für die DDR. Offizielle Verhandlungen durften dabei nicht stattfinden. Als die Gewährung der Kredites bekannt wurde, sah sich der bayerische Ministerpräsident Strauß, der die Gespräche führte, starken Anfeindungen ausgesetzt. Die Behauptung aber, er habe bewusst und gezielt an der Bundesregierung vorbei gehandelt, ist indes nicht wahr.

Der 10. März 1985 steht heute als Datum für die größten weltpolitischen Veränderungen seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Mit dem Tod des Staats- und Parteichefs Tschernenko starb der letzte sowjetische Führer der alten Riege. Die Ernennung Michail Gorbatschows zum sowjetischen Staats- und Parteichef öffnete eine neue Ära, an deren Ende der Untergang der Sowjetunion und die Wiedervereinigung Deutschlands stand.

Das ruinöse Wettrüsten mit dem Westen konnte nicht länger fortgesetzt werden. Erstmals in der Geschichte begannen die beiden Supermächte über die Abschaffung sämtlicher Atomwaffen zu verhandeln und weitere Abrüstungsgespräche zu führen. Doch nicht nur die

atomaren Raketen stellten eine latente Gefahr dar. Dies wurde auf besonders dramatische Weise am 25. April 1986 mit dem Reaktorunglück in Tschernobyl deutlich, bei dem es Tausende von Toten und Geschädigten gab. Die zögerliche Bekanntgabe dieses Unglücks wurde auch zur Gefahr für Westeuropa. Trotz eines wesentlich höheren Sicherheitsstandards löste diese Katastrophe eine bis heute andauernde Diskussion um die Stilllegung von Atomkraftwerken aus.

Gorbatschows Reformversuche hatten Signalwirkung auf die sowjetischen Satellitenstaaten. Lediglich die DDR schien davon wenig beeindruckt. Als Erich Honecker im November 1987 zu einem Staatsbesuch nach Bonn kam, bestand er nachdrücklich auf die Anerkennung einer DDR-Staatsbürgerschaft. Niemand ahnte wohl zu diesem Zeitpunkt, dass es die DDR drei Jahre später schon gar nicht mehr geben würde und Honecker selbst der Prozess gemacht werden sollte.

Dass sich das politische Klima jedoch bereits geändert hatte, konnte man schon beim Besuch von US-Präsident Reagen in Berlin im Juni 1987 feststellen, als er Gorbatschow aufforderte, die Mauer einzureißen.

Gut zwei Jahre später wurde sie dann eingerissen, jedoch nicht von Gorbatschow, sondern von den Menschen in der DDR. Das Signal zum Aufbruch kam aber aus Ungarn. Anfang Juli 1989 ermöglichte die ungarische Regierung Tausenden von DDR-Bürgern über Österreich die Flucht nach Deutschland. Der Protest der DDR-Regierung blieb wirkungslos. Von nun an gab es kein Halten mehr.

Die Bundesrepublik wurde von diesen Ereignissen jedoch ebenso überrascht wie die übrigen europäischen Staaten. Niemand ahnte, dass kaum ein halbes Jahr später die Grenze zur DDR offen sein würde.

1989 war nicht 1953. Nicht nur die DDR, auch die Sowjetunion stand vor dem finanziellen und wirtschaftlichen Kollaps. Die innenpolitischen Probleme waren in der UdSSR so groß, dass Gorbatschow seine Satellitenstaaten gewähren ließ. Seine Reformideen hatten dort bereits Fuß gefasst und Demokratisierungsprozesse in Gang gesetzt. Auch in der DDR fielen diese Ideen auf fruchtbaren Boden. Mit der Gründung des „*Neuen Forum*“ trat dem SED-Regime eine offene Opposition entgegen. Selbst noch am 40. Jahrestag der Staatsgründung verschlossen die meisten SED-Führer die Augen vor der Wirklichkeit. Zwar mahnte Gorbatschow, die Zeichen der Zeit zu erkennen, doch Honecker offenbarte, dass er diese nicht verstand, nicht verstehen wollte und wohl auch nicht mehr konnte. Sein Satz: „*Den*

Sozialismus in seinen Lauf hält weder Ochs noch Esel auf“ zeigte seine Weltfremdheit am deutlichsten. Glaubte er wirklich, dass der große Bruder auch diesmal zur Hilfe eilen würde? Mit der Öffnung der Mauer und der Abdankung des DDR-Regimes, begann das letzte Kapitel der Teilung Deutschlands.

Die in diesem Zusammenhang viel gebrauchte These, der deutsche Bundeskanzler habe die Einheit herbeigeführt, ist historisch nicht korrekt. Richtig ist vielmehr, dass Helmut Kohl schon sehr früh erkannte, dass die Wiedervereinigung in den Bereich des Möglichen gelangt war und daraufhin die Chance ergriff.

Zunächst schien es tatsächlich auf eine Art Konföderation beider Staaten hinauszulaufen. Kohl konkretisierte jedoch die Möglichkeit der Wiedervereinigung erstmals in seinem Zehnpunkte Programm, das er am 28. November 1989 dem Deutschen Bundestag vortrug und sogar bei der SPD Begeisterung auslöste, bis diese gewahr wurde, dass Kohl eine erweiterte Bundesrepublik meinte. Erst jetzt regte sich der Widerstand. Jetzt vollzog sich innerhalb der SPD das, was der CDU Ende der 60er und zu Beginn der 70er-Jahre widerfahren war. Es fiel ihr sehr schwer, eine neue Haltung in der Deutschlandfrage einzunehmen.

Bereits in den 60er-Jahren begann die SPD, die Existenz eines zweiten deutschen Staates hinzunehmen. Mit dem Grundlagenvertrag akzeptierte sie ihn auch und spätestens seit der KSZE-Schlussakte von Helsinki im Jahre 1975, die sowohl von Helmut Schmidt als auch von Erich Honecker als Repräsentanten ihrer Staaten unterzeichnet wurde, war klar, dass dieser Status auch international salonfähig geworden war. Selbst die Forderung der DDR nach einer eigenen Staatsbürgerschaft, wurde innerhalb der SPD in den 80er-Jahren populär. Der SPD-Kanzlerkandidat, Oskar Lafontaine, lehnte selbst im Wahlkampf 1990 die Wiedervereinigung ab und sprach sich offen für das Nebeneinander zweier selbstständiger Staaten mit allen Konsequenzen aus. Es lag beinahe auf der Hand, dass auf dieser Grundlage die Wahl von der SPD nicht gewonnen werden konnte.

Doch noch war das Ziel nicht erreicht. Der neue DDR-Ministerpräsident Modrow glaubte immer noch, die DDR mit Hilfe westdeutscher Finanzhilfen sanieren zu können. Doch im Dezember 1989 war es hierzu bereits zu spät. Kohl lehnte die Forderung nach einem 15 Milliarden D-Mark Kredit ab, denn er wollte die SED-Regierung in Ostberlin, gegen die bald Wahlkampf geführt werden würde, durch Finanzhilfen nicht unterstützen.

Endgültig wurde der Weg frei, nachdem Gorbatschow im Februar 1990 erklärte, die Wiedervereinigung sei Sache der Deutschen. Im Gegenzug dazu versprach Kohl umfangreiche finanzielle und wirtschaftliche Hilfe.

Am 18. März 1990 erlangte das konservative Bündnis die Mehrheit bei den ersten freien Volkskammerwahlen. Die Volkskammer beschloss darauf am 12. April den Beitritt zur Bundesrepublik, der am 03. Oktober vollzogen wurde.

Mit der Vollendung der Wiedervereinigung wuchsen die Ängste der europäischen Nachbarländer vor einem zu starkem Deutschland, das möglicherweise aus der Gemeinschaft auszubrechen drohe und erneut einen Hegemonialanspruch stellen könne.

Vor allem Frankreich war anfangs strikt gegen die deutsche Einheit. Dies symbolisierten auch der demonstrative Staatsbesuch Mitterrands im Dezember 1989 in der DDR und seine Forderung gegenüber Gorbatschow, an der deutschen Zweistaatlichkeit festzuhalten.

Großbritanniens Ressentiments hatten hingegen schon traditionellen Charakter. Von je her war man auf der Insel gegen eine allzu starke Anlehnung an den Kontinent. Ein geteiltes Deutschland konnte keinen Führungsanspruch erheben. Den reklamierten die Briten für sich selber. Die britische Regierungschefin Thatcher machte keinen Hehl aus ihrer Ablehnung und musste von US-Präsident Bush geradezu zum Einlenken überredet werden.

Helmut Kohls vordringlichste Aufgabe war nun, bei den europäischen Partnern um Vertrauen für das neue Deutschland zu werben.

Auch vor diesem Hintergrund muss man seine unermüdlichen Bemühungen um die Europäische Union betrachten. Dass er in Mitterrand einen vehementen Befürworter fand, erklärt sich auch aus der Biographie des französischen Staatspräsidenten.

Ebenso wie Adenauers Streben nach wirtschaftlicher und militärischer Verflechtung beider Länder, ist auch Kohls Integrationsgedanke in die EU zu verstehen. In beiden Fällen wurde Frankreich die Möglichkeit der Kontrolle eröffnet. In Helmut Kohl sah man daher den Staatsmann, der in der Lage sei, das nötige Vertrauen herzustellen und zu bewahren.

Am 11. Dezember 1991 unterzeichneten die EG-Mitgliedstaaten den Vertrag von Maastricht, der die Bildung einer wirtschaftlichen und politischen Union vorsah und am 01. November 1993 in Kraft trat. Damit waren die Weichen für das europäische Haus, von dem bereits Gorbatschow sprach, endgültig gestellt.

Noch einmal und damit zum fünften Mal in Folge sollte es Helmut Kohl gelingen, Bundeskanzler zu werden. Am 17. Oktober 1994 konnte sich das Bündnis aus CDU/CSU und FDP knapp behaupten. Doch die großen Aufgaben schienen jetzt erfüllt bzw. die Tendenzen ihrer Erfüllung sichtbar. Deutschland war vereinigt, die EU im Entstehen und neue Mitgliedskandidaten warteten auf die Aufnahme.

Innenpolitisch war der Zustand alles andere als Erfolg versprechend. Zwar war die Inflationsrate niedrig, doch die Arbeitslosenzahlen stiegen und erreichten einen Höchststand von knapp 4,2 Millionen. Kohls Versprechen, diese Zahl bis 1998 halbiert zu haben, ging indes nicht in Erfüllung. Auch seine Vision von den „*blühenden Landschaften*“, die in den neuen Bundesländern entstünden, erfüllte die Erwartungen nicht. Zwar wurden Milliardenbeträge investiert, doch verhinderte dies nicht die Schließung vieler maroder und unrentabler Betriebe im Osten. Die Arbeitslosenzahl stieg in den neuen Bundesländern überproportional und ist auch heute noch höher, als jene in den alten Ländern. Hier hatte man sich ganz einfach verkalkuliert.

Es wäre jedoch einseitig und falsch, die hohe Arbeitslosigkeit der 90er-Jahre als alleinige Folge der Wiedervereinigung zu sehen. Vielmehr ist dies auch ein globales Problem, das, ebenso wie die Öl- und Wirtschaftskrisen der 70er-Jahre, ein gemeinsames Handeln verlangt. Mit dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes und der größer werdenden Transparenz der deutschen Ostgrenze, stand und steht die Bundesrepublik vor neuen Herausforderungen.

Seit Ende der 60er-Jahre bis zu ihrer Selbstauflösung im April 1998 war es die RAF, die immer wieder gewalttätige Anschläge gegen Personen und staatliche Einrichtungen verübte. Die Gefahr vor dem Rechtsradikalismus war zwar latent, jedoch wurde sie bei weitem nicht so bedrohlich empfunden wie die der linken Szene. Das lag im Wesentlichen an zwei Gründen. Erstens galt nach wie vor die allgemeine Überzeugung, dass aufgrund der aus dem Zweiten Weltkrieg gemachten Erfahrungen die Deutschen ein für allemal vom „*braunen Terror*“ geheilt seien. Zweitens agierten diese Kommandos meist im Verborgenen und fielen weniger durch spektakuläre Anschläge auf.

Erst mit der immer größer werdenden Zahl von Asylanten, die in Deutschland um Aufnahme ersuchten, wurde dieses Problem evident. Die Anschläge am 17. September 1991 auf ein Wohnheim in Hoyerswerda und am 23. November 1992 in Mölln stehen dafür als Synonym. Die Bevölkerung reagierte in beiden Fällen sehr unterschiedlich. Bekundete sie im ersten Fall noch offen ihren Beifall, löste der Anschlag von Mölln eine starke Betroffenheit aus. Doch nicht nur die Gewalttaten Rechtsradikaler erschütterten die Bundesrepublik. Auch die Spannungen unter ausländischen Gruppen nahmen erheblich zu. Gewaltakte kurdischer Minderheiten gegen deutsche und türkische Einrichtungen belasteten auch das deutsch-türkische Verhältnis.

Die Wirtschaftskrise und hohe Arbeitslosigkeit, vor allem auf dem Gebiet der ehemaligen DDR trugen ein Übriges zur immer stärker werdenden Ausländerfeindlichkeit bei.

Die neue Rolle Deutschlands in der EU und der NATO forderte auch eine neue Präsenz. In der Vergangenheit konnten die Bundesregierungen bei Auseinandersetzungen, an denen die NATO beteiligt war, ihre „*Scheckbuch-Strategie*“ erfolgreich praktizieren. Mit der Wiedervereinigung wuchs jedoch nicht nur der Anspruch auf stärkere Mitsprache im Bündnis, sondern auch die Forderung der Bündnispartner nach aktiver Beteiligung. Der Hinweis darauf, dass die militärische Vergangenheit Deutschlands eine solche Beteiligung verbiete, fand innerhalb des Bündnisses immer weniger Akzeptanz. Bereits im Golfkrieg zu Beginn des Jahres 1991 wurden erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg deutsche Soldaten in die Türkei entsandt, um die NATO-Partner zu unterstützen.

Im Kosovo-Konflikt griff die Bundeswehr 1999 zum ersten Mal seit ihrem Bestehen aktiv in die Kämpfe ein und entsandte Truppen in das Krisengebiet. Die Gefahren, die solche Einsätze mit sich bringen, wurden und werden heftig und kontrovers diskutiert. Vor allem die GRÜNEN stehen hierbei vor einem Dilemma. Als Opposition konnten sie leicht eine ablehnende Haltung einnehmen und sogar die Abschaffung der Bundeswehr fordern. Als Regierungspartei müssen sie nun eine völlig gegenteilige Politik mittragen, woran sie sich zu spalten droht. Bereits das erste Jahr der rot-grünen Koalition ließ die Knackpunkte innerhalb des Regierungsbündnisses deutlich sichtbar werden. Zwar steht die Regierung Schröder / Fischer nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 hinter der Forderung der Bekämpfung des internationalen Terrorismus, doch dürfte bei einem erneuten militärischen Eingreifen der USA im Irak das rot-grüne Bündnis wohl vor der schwersten Zerreißprobe stehen.

Bereits nach der Wahl 1994 zeichnete sich ab, dass die Regierung Kohl kaum mehr in der Lage zu sein schien, die anstehenden Probleme zu lösen. Zwar zählte der Kanzler im Ausland immer noch als Garant für die Stabilität Deutschlands und der EU, innenpolitisch vermochte er jedoch immer weniger zu überzeugen.

Nun geschah das, was gegen Ende der 60-er Jahre bereits schon einmal zu beobachten war. Die SPD galt nun wieder als die dynamische Kraft, die den Weg aus der Talsohle schaffen würde. Gemeinsam mit den GRÜNEN, die noch nie an einer Bundesregierung beteiligt waren, erhoffte man sich den dazu nötigen Motivationsschub. Nachdem man sich nach langem taktischen Zögern innerhalb der SPD auf Gerhard Schröder als Kanzlerkandidaten

geeinigt hatte, schien man den richtigen Mann gefunden zu haben und erwischte die CDU damit auf dem „*linken Fuß*“, da man dort traditionsgemäß mit dem SPD-Vorsitzenden, also mit Oskar Lafontaine, gerechnet hatte.

Dass die SPD am 27. September 1998 die Bundestagswahl so deutlich gewann, wird in erster Linie auf eine allgemeine „Kohlmüdigkeit“ zurück geführt. Noch nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik gab es eine solch lange Kanzlerschaft wie die Helmut Kohls.

Am Ende war die Koalition aus CDU/CSU und FDP wohl auch verbraucht. Die innenpolitischen Probleme der deutschen Wiedervereinigung, die auch vom Kanzler, wie dieser zugab, eindeutig unterschätzt wurden, die steigende Zahl der Arbeitslosen und nicht zuletzt auch eine starke öffentliche Skepsis bis Ablehnung gegenüber der neuen europäischen Währung, dem Euro, dessen Urheberschaft ja auch mit dem Namen Kohl verbunden ist. Letztlich hatte die SPD mit Gerhard Schröder erstmals seit 16 Jahren einen Kanzlerkandidaten, der, wie einst Willy Brandt gegenüber Kiesinger, für Helmut Kohl ein ernst zu nehmender Gegner war. Ähnlich wie Brandt in den 60er-Jahren strahlte Schröder im Bundestagswahlkampf 1998 eine jugendliche Dynamik aus, die ihn besonders bei den jüngeren Wählern populär machte. Der Wechsel von Kohl zu Schröder war damit vorgezeichnet.

Die Ära Kohl war eine der bewegendsten Epochen in der deutschen Geschichte. Neben der europäischen Einigung war es vor allem die deutsche Wiedervereinigung, die mit dem Namen Helmut Kohl als Kanzler der Einheit verbunden bleibt.

6. Das rot-grüne Experiment

6.1. Die Politik der Regierung Schröder / Fischer (Übersicht)

27.10.1998: Die SPD gewinnt die Bundestagswahl und geht ein Bündnis mit den GRÜNEN ein. Gerhard Schröder wird Bundeskanzler.

1999: In einer Reihe von Landtagswahlen verlieren die GRÜNEN dramatisch an Stimmen. Es droht die Spaltung und damit das Ende der Partei.

März 1999: Die NATO greift Ziele in Jugoslawien an. Erstmals sind deutsche Soldaten daran beteiligt. Die Regierungskoalition ist zerstritten.

Nov. 1999: Beginn der größten Spendenaffäre in der Geschichte der Bundesrepublik, in deren Mittelpunkt Altbundeskanzler Helmut Kohl steht. Die CDU steht vor der Zerreißprobe.

11.09.2001: Die Zerstörung des World-Trade-Center in New York durch Terrorangriffe lösen eine Welle weltweiter Solidarität mit den USA aus. Deutschland bekräftigt seine Bereitschaft, aktive militärische Unterstützung zu leisten.

März 2002: Die Bundesanstalt für Arbeit muss einräumen, dass die Situation auf dem Arbeitsmarkt schlechter ist als ihre Statistiken ausweisen.

August 2002: Die SPD im Umfragetief. Bundeskanzler Schröder räumt ein, sein Ziel, die Zahl der Arbeitslosen deutlich zu verringern, nicht geschafft zu haben. Flutkatastrophe in Ostdeutschland.

28.09.2002: Die SPD und GRÜNEN gewinnen die schon verloren geglaubte Bundestagswahl mit einer hauchdünnen Mehrheit. Gerhard Schröder bleibt Bundeskanzler.

6.2. Die Regierung Schröder / Fischer

Kaum gewählt, zeigte sich eine gewisse Konzeptlosigkeit der neuen Regierung, die schon bald zu heftigen Koalitionsstreitigkeiten führte.

Mit dem spektakulären Abgang Oskar Lafontaines als Finanzminister und SPD-Chef am 11. März 1999 wurde die Orientierungslosigkeit der Partei deutlich. Hier verließ nicht ein gescheiterter Finanzminister die politische Bühne, sondern ein Parteichef, der als Kanzlerkandidat höchst unpopulär war und sich als Minister nicht an die Kabinettsdisziplin binden wollte. Mit seinem Buch „*Das Herz schlägt links*“¹ erntete er wütende Proteste, nicht nur bei der SPD und stellte sich endgültig ins politische Abseits.

Auch die GRÜNEN mussten seit der Beteiligung an der Regierung sogar um ihre Existenz bangen. Ihre spektakulärste Forderung nach dem sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie musste sie bereits nach wenigen Wochen relativieren und gilt seit dem bei vielen Mitgliedern und Anhängern als „*Umfall-Partei*“.

Die Einführung der Öko-Steuer, deren Erfolg umstritten ist, die Neuregelung der 630-DM- bzw. 325-€-Jobs, die im Ansatz stecken gebliebene Gesundheitsreform und die Verunsicherung in der Rentenfrage ließen die Koalition binnen kürzester Frist in ein Popularitätstief stürzen.

Die herben Verluste bei den Landtagswahlen brachten die Koalition an den Rand des Bruchs und der CDU einen ungeahnten Aufschwung. In Hessen und im Saarland wurden die SPD-Regierungen abgewählt, in Sachsen und Thüringen die CDU-Ministerpräsidenten bestätigt. Die Mehrheit im Bundesrat verschob sich zu Gunsten der CDU.

Schon begann man darüber zu spekulieren, wann die rot-grüne Regierung auseinander brechen würde und handelte für kurze Zeit sogar Altkanzler Kohl als Schröders Nachfolger, bis die bis heute größte Spendenaffäre in der Geschichte der CDU, in deren Mittelpunkt Helmut Kohl stand, dem Höhenflug der Partei im November 1999 ein abruptes Ende setzte und sie für lange Zeit als Opposition lähmte. Galt die Politik seit ehedem als „*schmutziges Geschäft*“, trug die Aufdeckung verheimlichter Spenden nicht gerade zur Festigung in das Vertrauen politischer Mandatsträger bei. Die Frage, in wieweit politische Entscheidungen durch Zuwendungen beeinflusst wurden und manipulierbar sind, rückte dadurch in den Vordergrund.

Sicher ist heute, dass ohne massive wirtschaftliche Hilfe für die Sowjetunion die politische Einheit Deutschlands im Jahre 1990 noch nicht eingetreten wäre. Dass finanzielle Anreize

politische Entscheidungen in die gewünschte Richtung lenken können, ist jedoch keine Erkenntnis des 20. Jahrhunderts oder gar von der Regierung Kohl alleine praktizierte Methode. Hier stellt sich eher die Frage nach der Moral politischen Handelns.

Dennoch scheint die Spendenaffäre die politische Willensbildung nur sehr gering zu beeinflussen. Nach einer Dezemberumfrage des ZDF-Politbarometers im Jahr 1999 steuerte die CDU auf die absolute Mehrheit zu. Noch im Oktober, also vor der Spendenaffäre, kam die SPD auf 44 %, die CDU/CSU auf 35 % und die GRÜNEN auf 6 %. Im Dezember 1999 sank die SPD auf 36 %, die CDU/CSU erreichte 45 % und die GRÜNEN verloren weiter und lagen gerade einmal bei 5 %.

Noch nie hatte eine Regierung in so kurzer Zeit die in sie gesetzten Hoffnungen und Erwartungen enttäuscht.

Außenpolitisch steckt die Regierung Schröder / Fischer in einem Dilemma. Gerade die GRÜNEN, die als Inbegriff des deutschen Pazifismus gelten, müssen in der Regierungsverantwortung politische Entscheidungen tragen, die ihren Grundsätzen diametral entgegen stehen. Der Einsatz deutscher Soldaten im Kosovo-Konflikt führte daher fast zur Aufsplitterung der Partei und zum Bruch des Regierungsbündnisses mit der SPD.

Die Terrorangriffe auf das World-Trade Center in New York am 11. September 2001 veränderte das weltweite Bewusstsein bezüglich des internationalen Terrorismus dramatisch.

Die Bundesregierung bekannte sich zu dem von den USA ausgerufenem Bündnisfall und bekräftigte ihre aktive Teilnahme an der Bekämpfung.

Niemals zuvor war die Bundeswehr so zahlreich in internationalen Krisengebieten eingesetzt. Der nun drohende erneute Militärschlag der USA gegen den Irak dürfte für die Bundesregierung zu einer ernsthaften Zerreißprobe werden. Zwar bekräftigen der Bundeskanzler und sein Außenminister, dass es daran keine deutsche Beteiligung geben werde, doch ist es mehr als fraglich, ob sie sich mit dieser Haltung auf die Dauer im Bündnis werden durchsetzen können. Das Verhältnis zu den USA ist seit dem Bush-Hitler Vergleich der ehemaligen Bundesjustizministerin Däubler-Gmelin ohnehin schon empfindlich gestört.

Einzig auf dem Gebiet der EU-Erweiterung gibt es eine positive Entwicklung durch den beschlossenen Beitritt neuer Mitgliedstaaten, darunter auch Polen. Doch kann dies weniger als Erfolg der Regierung Schröder / Fischer gewertet werden.

Auch innenpolitisch steht die Bundesregierung vor großen Problemen. War sie 1998 mit dem Versprechen angetreten, zwar nicht alles anders, aber vieles besser zu machen, so ist ihr das

hinsichtlich der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt völlig misslungen. Auch die Renten- und Gesundheitsreform sind im Ansatz stecken geblieben. Daher schien die Bundestagswahl 2002 schon für viele als für die SPD verloren. Dennoch genoss Gerhard Schröder eine weitaus größere Popularität als die Partei, der er vorsteht.

Die tragischen Ereignisse der Flutkatastrophe im Sommer 2002 ermöglichten es dem Kanzler, sich wie weiland Helmut Schmidt in Hamburg, als Krisenmanager zu profilieren. Dazu trug auch bei, dass der Kanzlerkandidat der Union, Edmund Stoiber, eher hilf- und tatenlos wirkte. Schließlich erlangten SPD und CDU/CSU am 28.09.2002 einen gleich großen Stimmenanteil. Die GRÜNEN wurden noch vor der FDP die drittstärkste Partei, obwohl bis kurz vor der Wahl völlig offen zu sein schien, ob sie den erneuten Einzug in den Bundestag schaffen würden. Ihr Wahlerfolg liegt sicher darin begründet, dass sie in Joschka Fischer einen äußerst populären Politiker besitzt und viele Wähler zwar Gerhard Schröder, nicht aber die SPD wählen wollten und dieses Ziel über diesen indirekten Weg erreichten.

Beim Regierungsantritt 1998 war man offensichtlich über den deutlichen Wahlerfolg überrascht und wohl deshalb etwas ratlos. Nach 16 Jahren Opposition fiel die Gewöhnung an das Regieren sichtlich schwer. Gerhard Schröder hatte aber einen großen Teil der Presse auf seiner Seite, was ihm über so manche Panne hinweg half.

2002 sieht es aber völlig anders aus. Allgemein heißt es, man habe der Bundesregierung eine zweite Chance geben wollen. Doch kaum in ihrem Amt bestätigt, entlud sich der Zorn und die Enttäuschung der Wähler. In einem bissigen „Kanzlersong“ wird der Medienkanzler heftig attackiert. Ein Ausschuss soll prüfen, ob die Regierung vor der Wahl gar die Wähler absichtlich getäuscht habe. Das Wort vom Wahlbetrug geht um.

Unmittelbar nach der Wahl räumte die Regierung ein, dass das gegebene Versprechen, keine weiteren Steuererhöhungen vorzunehmen, zurück genommen werden muss. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt entspannte sich nicht und die Regierung droht am Irakkonflikt zu zerbrechen.

Noch nie hat eine Bundesregierung in so kurzer Zeit das in sie gesetzte Vertrauen verspielt. Die Konsequenzen, die sich aus den vorhandenen und sich abzeichnenden Krisen ergeben, sind derzeit noch nicht absehbar. Wie lange das Regierungsbündnis aus SPD und GRÜNEN noch hält, ist fraglich. Ob eine Große Koalition die Krise meistern würde, kann derzeit nicht beantwortet werden. Sicher ist nur, dass das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der Politik und ihrer handelnden Akteure einen wohl größeren Schaden genommen hat, als man vielleicht befürchten mag.

7. Schlussbemerkung

In ihrer 50-jährigen Geschichte blieb die Bundesrepublik von Kriegen verschont. Als Rudiment eines zerschlagenen Deutschen Reiches gelang es zunächst dem westlichen Teilstaat, einen festen Platz in Europa und der Welt zu erlangen. Wiederaufbau und wirtschaftlicher Aufschwung ermöglichten einen rasch wachsenden Wohlstand. Das System Demokratie funktionierte. Mit dem Abschluss dieser Phase begann vor allem die Jugend, sich von den Werten der Älteren zu emanzipieren. Nicht nur die äußerlichen Veränderungen der sog. „*Hippi-Bewegung*“ und der Etablierungsversuch neuer Gesellschaftsformen dokumentierten dies. Die Jugend wurde kritischer und zum Teil auch radikaler.

Die beginnende Versöhnung mit dem Osten zu Beginn der 70er-Jahre war eine Konsequenz aus der Westintegration in den 50er-Jahren.

Wirtschaftskrisen und Terrorismus stellten den Staat vor schwierige Aufgaben, die jedoch bislang relativ gut bewältigt wurden. Doch nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 rückt die Gefahr des internationalen Terrorismus wieder stärker in das öffentliche Bewusstsein.

Mit der staatlichen Einheit wuchs Deutschland in eine neue Rolle. Die Grenzen Europas sind transparenter geworden und stellen die nationalen Regierungen vor neue Aufgaben. Die Probleme sind jedoch noch nicht gelöst und es ist weniger eine Frage politischer Koalitionen, diese zu lösen. Die Glaubwürdigkeit des demokratischen Systems darf nicht zur Disposition gestellt werden. Nur im gemeinsamen Handeln aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte in den einzelnen Ländern und in Gesamteuropa kann das friedliche und freundschaftliche Miteinander letztlich garantiert werden.

8. Die Entwicklung in der DDR im Überblick

- 01.07.-02.08.1945:** Konferenz in Potsdam: Festlegung der vier Besatzungszonen in Deutschland durch die Alliierten: USA, UdSSR, Großbritannien und Frankreich.
- 07.10.1949:** Gründung der DDR.
- 10.03.1952:** Sowjetisches Angebot zur deutschen Wiedervereinigung. Die sog. *Stalin –Note*.
- 17.06.1953:** Volksaufstand in der DDR.
- 20.09.1955:** Souveränität.
- 31.12.1956:** SED Generalsekretär Walter Ulbricht empfiehlt eine Konföderation beider deutscher Staaten als Zwischenlösung bis zur Wiedervereinigung.
- 27.11.1958:** Chruschtschows Berlin–Ultimatum.
- 13.08.1961:** Bau der Mauer in Berlin.
- 12.06.1964:** Freundschafts- und Beistandsvertrag mit der Sowjetunion.
- 25.11.1964:** Einführung des Pflichtumtauschs für Besucher aus Westdeutschland.
- Mai bis Juli 1969:** Anerkennung durch Irak, Sudan, Syrien, Süd- Jemen und Ägypten. Weitere folgen.
- 19.03.1970:** Bundeskanzler Brandt trifft DDR- Ministerpräsident Stoph in Erfurt.
- 21.05.1970:** Zweites Treffen Brandt - Stoph in Kassel. „Denkpause“.
- 03.05.1971:** Walter Ulbricht tritt als Generalsekretär der SED zurück, bleibt aber vorerst noch Staatsratsvorsitzender. Neuer SED-Chef wird Erich Honecker.
- 17.12.1971:** Transitabkommen mit der Bundesrepublik.
- 12.05.1972:** Verkehrsvertrag mit der Bundesrepublik. Ankündigung von „menschlichen Erleichterungen“.
- 20.06.1973:** Inkrafttreten des Grundlagenvertrages mit der Bundesrepublik.

- 18.09.1973:** Aufnahme als Mitglied bei den Vereinten Nationen (UN) am 04.09.1974: Anerkennung durch die USA.
- 26.10.1974:** Senkung des Pflichtumtauschsatzes von 20 DM auf 13 DM pro Tag. In der Folge weitere Abkommen und Reiseerleichterungen.
- 09.10.1980:** Pflichtumtauschsatz wird von 13 DM auf 25 DM pro Tag erhöht. Deutliche Verschlechterung der Beziehung zur Bundesrepublik.
- 29.06.1983:** Erster „Milliardenkredit“ durch Franz-Josef-Strauß „eingefädelt“.
- 25.07.1984:** Zweiter „Milliardenkredit“; Reduzierung des Pflichtumtauschs auf 15 DM.
- 07. -11.09.1987:** Staatsbesuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik.
- Juli 1989:** Beginn der Fluchtbewegung über westliche Botschaften.
- 10.09.1989:** Ungarn öffnet seine Grenze zu Österreich.
- 30.09.1989** Etwa 6000 Flüchtlinge können die bundesdeutsche Botschaft in Prag verlassen und in die Bundesrepublik ausreisen.
- 02.10.1989:** Beginn der Montagsdemonstrationen. Etwa 15000 Menschen demonstrieren in Leipzig.
- 06.10.1989:** Feiern Zum 40-jährigen Bestehen. Demonstrationen in Leipzig nehmen zu.
- 18.10.1989:** Erich Honecker tritt zurück. Nachfolger wird Egon Krenz.
- 09.11.1989:** Fall der Berliner Mauer. Öffnung der Grenzen zur Bundesrepublik.
- 03.12.1989:** Krenz, das Politbüro und Zentralkomitee der SED treten zurück.

- 18.03.1990:** Freie Wahlen zur Volkskammer. Sieg der CDU.
- 12.04.1990:** Lothar de Maiziere (CDU) wird Ministerpräsident. Die Volkskammer beschließt den Beitritt zur Bundesrepublik gemäß Art 23 GG.
- 01.07.1990:** Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der Bundesrepublik.
- 03.10.1990:** Wiederherstellung der deutschen Einheit.

ANHANG

Abkürzungen

APO: Außerparlamentarische Opposition
Art.: Artikel (des GG)
AstA: Allgemeiner Studentenausschuss
BVG: Bundesverfassungsgericht
CDU: christlich-demokratische Partei
CSU: Christlich-Soziale-Union
DDR: Deutsche Demokratische Republik
DGB: Deutscher Gewerkschaftsbund DP: Deutsche Partei
EKD: Evangelische Kirche Deutschlands
EURATOM: Europäischer Rat für atomare Aufrüstung
EVG: Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG: Europäische- Wirtschaftsgemeinschaft
EWS: Europäisches Währungssystem
FDP: Freie Demokratische Partei
GG: Grundgesetz
KPD: Kommunistische Partei Deutschlands
KSZE: Konferenz zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
NATO: Nations Against Treaty Orginasation
OPEC: Vereinigung der Erdöl exportierenden Länder
RAF: Rote Armee Fraktion
RCDS: Ring Christlich Demokratischer Studenten
SDS: Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SED: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD: Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UdSSR: Union der sozialistischen Sowjetrepubliken
USA: United States of America
WG: Wohngemeinschaft

Literatur (Auswahl)

- Ackermann, Eduard: Mit feinem Gehör. Vierzig Jahre in der Bundesrepublik, Bergisch Gladbach 1994.
- Adenauer, Konrad: Erinnerungen, Stuttgart 1996.
- Baring, Arnulf: Machtwechsel - die Ära Brandt - Scheel, Stuttgart 1982.
- Bender, Peter: Die "neue Ostpolitik" und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung, München³1995.
- Bölling, Klaus: Die letzten 30 Tage des Kanzlers Helmut Schmidt. Ein Tagebuch, Reinbeck 1982.
- Buchheim, Hans. Deutschlandpolitik 1949 -1972. Der politisch-diplomatische Kurs, Stuttgart 1984.
- Genscher, Hans-Dietrich: Erinnerungen, Berlin 1995.
- Hacke, Christian: Weltmacht wider Willen - die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/Main 1993.
- Hintze, Peter (Hrsg.): Kohl, Helmut: Der Kurs der CDU. Reden und Beiträge des Bundesvorsitzenden 1973 -1993, Stuttgart 1993.
- Jäger, Wolfgang: Die „Wende“ 1982. Schuldzuweisung für das Ende der sozial-liberalen Koalition. In: Die politische Meinung 1988, Nr. 24, S. 63- 68.
- Koerfer, Daniel: Kampf ums Kanzleramt, Stuttgart 1987.
- Kohl, Helmut: Ich wollte Deutschlands Einheit, Berlin 1996.
- Köhler, Henning: Adenauer, Frankfurt/Main 1994.
- Korte, Karl Rudolf: Das Dilemma des National-Staates in Westeuropa: Zur Identitätsproblematik der Europäischen Integration. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 1993, Bd. 14, S. 21 –28.
- Korte, Karl-Rudolf: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982- 1989, Stuttgart 1998.
- Merck, Johannes: Klar zur Wende ? Die FDP vor dem Koalitionswechsel in Bonn 1980 -1982. In: Politische Vierteljahresschrift 1987, Heft 4, S. 384 –402.
- Nayhauß von Graf, M.: Helmut Schmidt. Mensch und Macher, Bergisch Gladbach 1988.

- Osterheld, Horst: Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard, Droste 1992. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Dokumentation zur Ostpolitik der Bundesregierung. Verträge, Vereinbarungen und Erklärungen, 13/1990.
- Przybylski, Peter: Tatort Politbüro. Die Akte Honecker, Berlin 1991.
- Schmidt, Helmut: Der Kurs heißt Frieden, Frankfurt/Main 1982.
- Schmoeckel, R. /Kaiser, B.: Die vergessene Regierung. Die Große Koalition 1966 -1969 und ihre langfristigen Wirkungen, Bonn 1991.
- Schwarz, Hans-Peter: Adenauer Bd. 1: Der Aufstieg, Bd. 2: Der Staatsmann, , München 1994.
- Schwarz, Hans-Peter: Handbuch der deutschen Außenpolitik, München, 1975.
- Teltschik, Horst: 329 Tage: Innenansichten der Einigung, Berlin 1991.
- Walter, Peter: Die europäische Integrationspolitik des Bundeskanzlers Helmut Kohl in ausgewählten deutschen Printmedien. Dissertation. Elektronische Bibliothek der Justus-Liebig-Universität Gießen, 2001.
- Zentner, Christian: Illustrierte Geschichte der Ära Adenauer, München 1984.